

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 50.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 8. bis 14. Dezember 1911.

Posen, den 19. Dezember 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 284 des Lech (Gnesen)
vom 13. Dezember 1911:**Die Liste der Veteranen aus dem Jahre 1863.**

Infolge unserer vor einer Woche erlassenen Aufforderung, die Veteranen aus dem Jahre 1863 möchten ihre Adresse dem Straz-Bureau in Posen angeben, melden sich viele Personen, die im Jahre 1863 in das preußische Heer eingezogen worden sind. Demgegenüber bemerken wir, daß wir für diese nichts tun können; für sie muß der Staat sorgen. Es kommt uns nur auf die Adressen von Personen an, die im Jahre 1863 sich an dem nationalen Aufstand gegen Rußland aktiv beteiligt haben. Nur die Adressen dieser Veteranen wolle man unter Beifügung von Verweisen für die Teilnahme am Aufstande, mit genauer Angabe des Geburtsdatums, der gegenwärtigen Lage und des Berufs an das Bureau des Vereins Straz senden.

Aus Nr. 281 des Orędownik (Posen)
vom 10. Dezember 1911:**Die Verhältnisse in der polnischen Reichstagsfraktion**

sind derartige, daß es in ihr recht viel Leute von festen volksparteilichen Überzeugungen bedarf, sonst können wir Zeiten erleben, die unter den breiten Volksschichten nur Entrüstung wecken werden. Zur Unzeit wird dann das Schelten und Sichentrüsten kommen. Erwägen wir nur, was vorgeht.

Die Konservativen wollen den Abgeordneten Brejski, den bisherigen Vertreter des kaschubischen Reichstagswahlkreises Berent-Stargard-Dirschau, von diesem Sitze stoßen, einen Mann, der stets fest auf volksparteilich-demokratischer Seite gestanden und seine Meinung den Konservativen zu sagen gewußt hat. Gegen seine Kandidatur begann man in der „volksparteilichen“ Gazeta Grudziądzka zu Felde zu ziehen. Andererseits hebt dasselbe Blatt vor Schreck, daß im Wahlkreise Samter-Birnbaum-Schwerin-Obornik der bekannte frühere „rote Graf“ und Demokrat, gegenwärtig Konservativer und Kasinoparteiler, der verbissenste Feind der demokratischen Bewegung, durchfallen könnte. Auch wir würden, wie wir schon mehrfach hervorgehoben haben, den Verlust dieses Wahlkreises bedauern, aber nicht mit Rücksicht auf die Person des Grafen Mielzynski, sondern mit Rücksicht auf die polnische Sache. Es ist

ja bekannt, daß einzig Graf Mielzynski diesen Wahlkreis in polnischen Händen erhalten kann. Der Gazeta Grudziądzka handelt es sich jedoch einzig um die Person des Herrn Grafen, dessen Vorzüge sie in den Himmel erhebt; daher möchte sie ihm der Sicherheit halber ein neues Abgeordnetennestchen in Schlesien bereiten. So handelt die Gazeta Grudziądzka gegenüber einem Abgeordneten, welcher unsere Volksgemeinschaft kompromittiert und bloßstellt durch das Schlagen politischer Purzelbäume, durch Sich-hinstellen vor die Tür der Regierung und durch Bücklingemachen vor diesem preußischen Stiefel, der uns Fußtritte versetzt.

Der Wunsch der Gazeta Grudziądzka ist natürlich, daß solche Elemente in der polnischen Fraktion die erste Geige spielen möchten, und daß der Rest danach tanzen soll. In eine solche Gesellschaft würde auch, wie angegossen, der Abgeordnete passen, den die Konservativen im Wahlkreise Krotoschin-Koschmin haben möchten, Herr v. Lipski-Gorzno.

Aber die Wähler können und werden nicht gestatten, daß in der Fraktion Strömungen herrschen, mit denen die Volksgemeinschaft nicht einverstanden ist und von denen sie nichts hören mag. Die Volksgemeinschaft setzt sich nicht aus einigen Konservativen zusammen, die so gestimmt sind, wie Graf Mielzynski und ihm ähnliche, nämlich auf den allergeringsten Ton der Regierung gegenüber, sondern sie setzt sich aus dem Volk zusammen, welches an seine Arbeit, an eine bessere Zukunft glaubt, die sich auf die starken Schultern des polnischen Bauern, Handwerkers und Arbeiters, sowie derjenigen Vertreter der gebildeten Kreise stützt, welche mit dem Bauern, Handwerker und Arbeiter mitfühlen und seine politische Selbständigkeit wollen. Daher sollte in der polnischen Fraktion nicht der Geist von Leuten nach Art des Grafen Mielzynski herrschen, sondern der Geist der breiten Volksschichten.

Aus diesen Gründen muß die Standes- und konservative Kandidatur des Herrn v. Lipski aufs schärfste bekämpft und es muß eine solche verlangt werden, welche der Ausdruck des Willens der breiten Volksschichten sein wird. Eine solche Kandidatur ist die des Dr. Anton Chlapowski, welcher in die Reihe der ältesten Volksparteiler gehört.

Als er Abgeordneter war, mußte man seine Meinung ohne Umschweife zu sagen, obgleich das den versöhnungsparteilichen Konservativen nicht gefiel. Und er sprach sie bei jeder Gelegenheit offen aus. Daher fand er auf der anderen Seite viele Gegner, daher kamen die niederträchtigen Beschimpfungen seiner Person, welche gegenwärtig die konservativen Lakaien vom Schlage des Goniec aufwärmen, dessen Redakteur

§. 3. im Automobil umherfuhr und sich nicht schämte, in der Koftener Gegend für eine solche Kandidatur zu agitieren, wie die des Verteidigers der Reisener Sache schwarzen Angedenkens, für die Kandidatur des Herrn v. Dziembowski.

Dieser Goniec, der vom Postemp mit Recht eine politische Wetterfahne genannt wird, da er einmal ins versöhnungsparteiliche Horn bläst, ein anderes Mal sich wie ein Wolf im Schafskleide unter die Volksbewegung mengt, dieses Blatt wimmelt jetzt förmlich von politischen Verleumdungen, die auf unseren Kandidaten, Herrn Dr. Chlapowski, geschleudert werden. Man wird das Blatt bestimmt jetzt in Hunderten von Exemplaren in allen Häusern von Koschmin und Kobylin verbreiten für jene 5000 Mk., welche Herr v. Lipski zahlt, aber unsere Leser und alle wahren Volksparteiler werden ebenso gut wissen, was mit einem solchen Sudelblatt zu geschehen hat, dessen politische Überzeugungen sich wie die Wetterfahne auf dem Dache nach dem Winde drehen.

Das Geschreibsel eines Goniec, dessen politische Vergangenheit den Volksparteilern aus den letzten Jahren als keinen Heller wert sehr wohl bekannt ist, das Geschreibsel des mit dem Wielkopolanin und mit den Kasinoleuten verbrüdereten Goniec kann unsern Kandidaten Dr. Chlapowski nur zum Nutzen gereichen. Jeder, der selbständiges Urteil besitzt, jeder, dem es sich darum handelt, daß in der polnischen Fraktion nicht wieder Verhältnisse zur Herrschaft gelangen, wie zu versöhnungsparteilichen Zeiten, als die volksparteiliche Bewegung noch in den Windeln lag, jeder, dem es sich darum handelt, daß dort nicht wieder die konservativen Angstmeier die erste Geige spielen, die um die eigene Tasche Bange haben, jeder derartige Mann wird dreist, offen in Koschmin sowohl als auch in Kobylin fordern, daß auf der ersten Stelle der Kandidatenliste der Name des Herrn Dr. Chlapowski aus Posen stehe.

Provinzialwahlkomitee
für das Großherzogtum Posen, den 13. November 1911.
Posen.

Instruktion des Provinzialkomitees für die Kreiswahlkomitees betreffend die Mittelstandskasse und Bauernbank. *)

In weiteren Kreisen unserer Volksgemeinschaft wird seit kurzer Zeit besonders auf die Art und Weise aufmerksam gemacht, die bei der Hypothekenregulierung besonders kleiner ländlicher Grundstücke durch deutsche Anstalten, die mit der Ansiedlungskommission Hand in Hand gehen, und besonders durch die Mittelstandskasse und Bauernbank praktiziert wird. Die Folgen dieser Regulierung sind insofern verderblich, als der Interessent, der um die Regulierung bittet, sich der Dispositionsrechte über sein Grundstück begibt, indem er, sei es in diesen Anstalten, sei es der Ansiedlungskommission, das Vorkaufsrecht gewährt. Einer derartigen Hypothekenregulierung durch die genannten Banken haben sich im verflossenen Jahre angeblich 51 polnische Wirte unterzogen. Zur Entschuldigung dieser Leute wird ihre Unkenntnis angeführt. Aus diesem Grunde ist vorgeschlagen worden, in den einzelnen Kreisen besondere Versammlungen einzuberufen, in denen aufklärende Vorträge nach dieser Richtung hin gehalten werden sollen. Weil sich außerdem in derselben Zeit mehr denn je ein offenes und geheimes Verschachertum zu

verbreiten angefangen hat, sind auch in unserer Volksgemeinschaft Projekte aufgetaucht, die darauf abzielen, die Volksgemeinschaft vor den verderblichen Folgen dieser traurigen Erscheinungen zu bewahren. Außer unausführbaren Sachen ist auch die Gründung eines Bureaus vorgeschlagen worden, das alle Informationen auf diesem Gebiete sammeln und unsere Volksgemeinschaft ständig auf dem Laufenden erhalten soll, insbesondere aber die Klein- und Großgrundbesitzer, die entweder ihren Besitz verkaufen oder ihre Hypotheken regulieren wollen. Diese Angelegenheit interessiert auch in hohem Grade unsere Wahlbehörde. Wenn wir den polnischen Grund und Boden unter unseren Füßen verlieren, verschlechtern wir auch unsere Verhältnisse, das nationale Selbstbewußtsein erleidet Nachteil, und die polnischen Stimmen werden entweder zerstreut, oder sie verringern sich derart, daß eine ernste Gefahr des Verlustes solcher Wahlkreise entsteht, die bisher in berechtigter Weise als sicher gegolten haben. Daher ist es also Sache unserer Wahlbehörden, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und nach Mitteln zu suchen, mit denen man die von dieser Seite drohende Gefahr wenigstens zum Teil beseitigen könnte. Es ist möglich, daß sich mit der Organisation eines solchen Bureaus diese oder jene unserer Institutionen befassen wird, die sich die Rettung des Grundes und Bodens zur Aufgabe gemacht haben. Unsere Wahlbehörden können sich aber darauf nicht verlassen, sondern sie müssen im Wahlinteresse zur Selbstverteidigung greifen. Es entsteht daher die Frage: Welcher Art könnte und müßte die Verteidigung sein, und wer soll sich damit befassen? Die Verteidigung muß vor allen Dingen darauf beruhen, daß man die Interessenten, besonders wankelmütige Leute, die ihr Grundstück verkaufen wollen, oder Leute, die einer Hypothekenregulierung bedürftig sind, in wohlwollender Weise informiert sowie aufklärt, und im gegebenen Falle auch warnt, indem man ihnen die verderblichen Folgen vor Augen führt, denen sie sich durch ihr unvorsichtiges Vorgehen aussetzen können. Dieser Verteidigung müssen sich unsere Kreiswahlkomitees, und wo solche nicht bestehen, unsere Wahlvereine unterziehen, aber letztere nur im Einverständnis mit dem zuständigen Kreiswahlkomitee. Ihr Organ und gewissermaßen ihre Seele muß der Vertrauensmann sein, der aus der Mitte bereitwilliger aufgeklärter, energischer und vorsichtiger Leute dazu berufen wird.

Die Institution der Vertrauensmänner könnte hier unserer Sache große Dienste leisten. Ein solcher Vertrauensmann müßte sich in fast jedem Dorfe befinden, die ganze Bewegung verfolgen und über verdächtige Erscheinungen entweder die Kreiswahlkomitees oder die Wahlvereine informieren. In eiligen Fällen müsse der Vertrauensmann auf eigene Hand informieren, aufklären und warnen, in anderen Fällen aber sich zunächst mit der Kreisorganisation, d. h. mit dem Wahlkomitee in Verbindung setzen. Das Institut der Vertrauensmänner ist schon in den Reihen unserer Gegner erprobt worden. Wir wissen, daß unsere Landesteile von einem Netz deutscher Vertrauensmänner umgarnt sind, die sich darum bemühen, den unaufgeklärten polnischen Bauer oder wankelmütige Klein- oder Großgrundbesitzer auf ihre Seite zu ziehen und sie zur Verschacherung des Grundes und Bodens zu bewegen. Es versteht sich von selbst, daß die Wahlkomitees eine Statistik des polnischen Grundes und Bodens aufstellen und sie ergänzen müssen, um in jedem Augenblick eine gehörige Informationsquelle zu besitzen. Am Schluß jeden Jahres muß dagegen das Kreiswahlkomitee ein genaues Verzeichnis aller derjenigen aufstellen, die ihren Grund und Boden verschachert haben, sowie derjenigen, die dazu in irgend einer Weise beigetragen

*) Diese Instruktion ist in vielen Wählerversammlungen Gegenstand der Verhandlungen gewesen und wird häufig an die Vertrauensmänner bzw. die Versammlungsteilnehmer verteilt. Red. d. Ges.-üb.

haben, sei es als Agenten oder als vorgeschobene Käufer, und unter Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen zur Verhinderung der Verringerung unserer Wahlkräfte das ganze auf diese Weise gesammelte Material an das Bureau des Zentralwahlkomitees senden, und zwar spätestens bis zum 1. April des nächsten Jahres. Sache des Zentralwahlkomitees wird es dagegen sein, unsere Volksgemeinschaft von Zeit zu Zeit über die uns drohende Gefahr zu informieren, wie geeignete Mittel anzuwenden, um nach Kräften die Schwächung unserer nationalen Vertretung im preussischen Landtage oder im deutschen Reichstage auf das weiteste hinauszuschieben. Was die Mittelstandskasse und die Bauernbank anlangt, ist es Pflicht des Kreiskomitees bei jeder sich darbietenden Gelegenheit auf die für uns verderblichen Folgen aufmerksam zu machen, sei es auf besonderen Versammlungen, oder gelegentlich der hierzu sehr geeigneten Wählerversammlungen. Bei der letzteren Gelegenheit muß diese Sache von nun an regelmäßig auf der Tagesordnung stehen. In dieser Hinsicht empfiehlt es sich, darauf aufmerksam zu machen, was der Rechtsanwalt Josef Walendzki, ein guter Kenner der einschlägigen Verhältnisse, über die Mittelstandskasse und die Bauernbank geschrieben hat.

Die Mittelstandskasse und die Bauernbank sind Einrichtungen, die zwischen den Wirten und der Ansiedlungskommission vermitteln, von der sie Darlehen für diejenigen erlangen, die sich unter ihren Schutz begeben. Es sind das gewöhnlich Wirte, deren Grundstücke stark verschuldet sind. Ein Darlehen hinter der letzten Hypothek ist schwer zu erlangen und teuer. Die Mittelstandskasse und die Bauernbank drängen aber in solchen Fällen ihre Hilfe auf und locken diejenigen heran, die es nicht wagen ihre Grundstücke an die Ansiedlungskommission zu verkaufen. Das aus diesen für die polnischen Grundstücke gefährlichen deutschen Banken erlangte Darlehen erreicht $\frac{3}{4}$ des Grundstückswertes. Doch gerade darin liegt das Verderbliche für den Grundstücksbesitzer, weil der Wert nicht nach den bestehenden Bodenpreisen, sondern nach den Einnahmen berechnet wird. Die Taxe und das Darlehen fallen daher niedrig aus und verwirklichen in der Regel nicht die Absichten des Wirtes. Die Darlehen gewährt in Großpolen (Provinz Posen) durch Vermittelung der Mittelstandskasse und in Westpreußen durch Vermittelung der Bauernbank die Ansiedlungskommission. Der in diesen Banken Hilfe suchende polnische Wirt muß zunächst eine Vollmacht ausstellen, in der er ausdrücklich erklärt, daß er eine Verwandlung seiner Wirtschaft in eine Ansiedlungsparzelle der Ansiedlungskommission beantragt, und die Kommission übereignet ihm in demselben Akte seine Wirtschaft anscheinend als sein Eigentum in der Form einer Ansiedlungsparzelle. Bei dieser Gelegenheit trägt sie ihm das Darlehen bis zu $\frac{3}{4}$ des Wertes hypothekarisch als Restsumme ein und vermerkt dann für sich auch das Vorkaufsrecht für den Fall, wenn die Wirtschaft irgend je in die Hände einer Person gehen sollte, die nach freiem Ermessen des Präsidenten der Ansiedlungskommission weder zu Hause, in der Kirche noch in gesellschaftlichem Verkehr die deutsche Sprache anwendet. Das Darlehen übersteigt nicht $\frac{3}{4}$ des Nutzungswertes des Grundstückes. Die Ansiedlungskommission gewährt es als Rentenskapital zu 4%, wovon $\frac{1}{2}\%$ auf Amortisierung der Schuld in 61 $\frac{1}{2}$ Jahren und $\frac{3}{2}\%$ für die Verzinsung gerechnet werden. Die Mittelstandskasse bzw. Bauernbank geben dem Wirt kein Kapital in die Hand, sondern sie regeln davon die Hypotheken und bezahlen alle Schulden. Das, was von dem Darlehen verbleibt, wenn überhaupt etwas verbleibt, erhält der Wirt in bar. Doch häufig wie wenig! Er hatte auch andere Schulden. Die Beamten haben

ihm zugeredet, also ist er schließlich gekommen und hat die Vollmacht unterschrieben, damit die Mittelstandskasse bzw. Bauernbank ihm helfen soll. Der Wirt hat nicht angenommen, daß das Darlehen für ihn so niedrig ausfallen könnte, und er begreift es nicht, warum sogar auch die Einnahmen der Wirtschaft so knapp bemessen sind! Das kann er überhaupt nicht begreifen. Er hat nach Vollziehung der Vollmacht ruhig auf seiner Wirtschaft gesessen und von den Deutschen keinerlei Nachricht erhalten. Er wußte nicht, daß er seine Wirtschaft der Ansiedlungskommission übereignet hat und daß die Ansiedlungskommission sie ihm zurückübereignet hat. Er ist niemals vorgeladen worden, weder ins Bureau, noch zur Kommission, noch zum Gericht. Man hat ihn nach nichts gefragt, nichts von ihm verlangt und ihm auch nichts mitgeteilt. Bis ihm plötzlich mitgeteilt wird, daß die „Regulierung“ beendet und für ihn ein Stümchen verblieben, oder aber nicht verblieben sei. Jetzt geht er der Sache auf den Grund und erfährt von den Leuten, bei denen er zu spät Rat sucht, daß ihm dieses 4% Darlehen der Kommission in Wirklichkeit viel mehr kostet, und daß er ein gewöhnlicher Zinsbauer der Ansiedlungskommission geworden und ihm das freie Verfügungsrecht über seine eigene Wirtschaft und über seine eigene Hypothek genommen worden ist.

Die Folge eines solchen Verlaufs der Angelegenheit für die Wahlinteressen kann sich jeder vorstellen, und wenn alle Absichten sowohl der Ansiedlungskommission wie der Mittelstandskasse oder Bauernbank sich jemals verwirklichen sollten, dann würde der Augenblick gewiß nicht mehr weit entfernt sein, wo unsere Volksgemeinschaft ihrer Vertretung beraubt, nicht mehr in der Lage wäre, berechtigten Protest dort zu erheben, wo er bisher am vornehmbarsten erschallt ist, d. h. auf der parlamentarischen Tribüne.

Das Provinzialwahlkomitee für das Großherzogtum Posen.

Stefan Cegielski, Dr. Krysiwicz,
Vorsitzender. Schriftführer.

Julius Brzeski,
stellvertretender Vorsitzender.

Wladislaus Grabski. Dr. Thaddäus Grabski.
Dr. Kubacki. Pfarrer Mojzykiewicz
Johann Zoltowski.

Aus Nr. 280 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 8. Dezember 1911:

An die geehrten Kreiswahlkomitees des Großherzogtums Posen.

Die Wahlen für den neuen Reichstag sind auf den 12. Januar 1912 angesetzt. Die Auslegung der Wählerlisten beginnt am 14. d. Mts.

Landsleute! Ein wichtiger Augenblick für euch ist gekommen, der darüber entscheiden wird, wer im uralten Mittelpunkt des polnischen Lebens, in dem historischen Großpolen unser Vertreter im deutschen Reichstage sein soll. Auf euch, Wähler, werden somit alle Polen blicken, denn unser Sieg wird uns Mut geben für die Zukunft, eine Niederlage aber würde Niedergeschlagenheit hervorrufen, über die sich unsere Gegner freuen würden.

Wir verkennen nicht, daß das System, das uns seit Jahrzehnten hintansetzt, an unserem politischen Leibe bereits große Lücken gerissen hat; gleichwohl können wir dessen ungeachtet in einem bedeutenden Teile der Wahlkreise siegen, und wir werden sogar mit Be-

stimmtheit siegen, wenn wir nur wie ein Mann uns zum Wahlkampfe stellen. Für diesen Zweck ist auch die genaueste Vorbereitung nötig. Wir wenden uns somit an alle geehrten Kreiskomitees, daß sie, wie vorsichtige Führer handeln, auch ihrerseits ihre Reihen mustern, sie zum disziplinierten und solidarischen Erfüllen der Pflicht anregend. Die Wähler aber mögen im Bewußtsein der Wichtigkeit der Sache zahlreich in die Versammlungen eilen, um dort den Geist zu beleben und politische Reife zu zeigen.

Wahlversammlungen können in allen Wahlkreisen, also im ganzen Großherzogtum Posen, bis zum Schluß der Wahl entsprechend dem § 6 des Vereinsgesetzes in der polnischen, unserer Muttersprache, stattfinden. In ihnen kann also unsere polnische Sprache ohne jede Genehmigung der Behörde, sogar ohne polizeiliche Anmeldung öffentlich erklingen. Nützen wir diese kostbare Zeit somit entsprechend aus.

Im Sinne unseres Wahlregulativs fordern wir die Kreiskomitees auf, Hauptwählerversammlungen zwecks Aufstellung der Kandidaten einzuberufen, soweit das noch nicht geschehen sein sollte.

Posen, den 7. Dezember 1911.

**Das Provinzial-Wahlkomitee für das
Großherzogtum Posen.**
(Unterschriften.)

Aus Nr. 280 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 8. Dezember 1911:

Der Kampf im Wahlkreise Koschmin-Krotoschin.

In diesem Wahlkreise tobt ein heißer Kampf. Wenngleich der Goniec sich grundsätzlich in Parteikämpfe nicht mischt, so empfiehlt er im gegebenen Falle der nationalen Sache halber heiß die Wahl des Herrn v. Lipski-Gorzno. Hierzu veranlaßt uns der geradezu herausfordernde Standpunkt, welchen die Kurjer-Partei in diesem Wahlkreise eingenommen hat.

Die Agitation des Postemp, welche die Losung ausgibt „Fort mit Adel und Geistlichkeit!“, die Drohung mit Sezession, — sie sind so gefährlich, daß es die nationale Pflicht aller Wähler ist, sich auf die Seite des Herrn v. Lipski zu stellen.

Die Volkspartei verurteilt entschieden jede unredliche Wahlagitation; darum müssen wir auch gegen die Mittel auftreten, die da angewandt werden, um Herrn Dr. Chlapowski durchzubringen. Der Postemp, welcher sich ein Volksblatt zu nennen liebt, hat den polnischen Bauern nichtswürdig beleidigt, indem er ihn „geldgierig“ nannte. Mögen die polnischen Bauern den nationaldemokratischen Blättern zeigen, daß sie sich nicht beleidigen lassen! Mögen sie wie ein Mann hinstreten und zeigen, daß sie nicht der Gier nach Gewinnen, nicht der Habgier halber Herrn v. Lipski zum Abgeordneten haben wollen, sondern deshalb, weil sie ihn für einen entsprechenden Verteidiger von Glauben und Nationalität halten.

Der polnische Bauer hat so manches Mal gezeigt, daß er Glauben und Nationalität ohne Rücksicht auf persönliche Vorteile zu verteidigen weiß. Wie kann es angesichts dessen im Blatt, welches verkündet, es sei ein „Volksblatt“, wagen, diesen geachteten Stand unserer Kleingrundbesitzer zu beleidigen?

Auf diesen Angriff auf den ganzen Stand des polnischen Kleingrundbesitzers gibt es nur eine Antwort: das Eintreten für Herrn v. Lipski.

Der Postemp führt die von Herrn Chlapowski gehaltenen Reden an. Er meint, er werde damit die

öffentliche Meinung betören. Der Dziennik Bertinski, der diese Verhältnisse gut kennt, dessen Redakteur diese Reden angehört hat, er kann bezeugen, daß die paar Worte, welche Chlapowski gesprochen hat, von einem Blatte abgelesen, mit Mühe hervorgekostet worden sind. Auf solche Reden hörte niemand, und die Fraktion atmete auf, als der Redner geschlossen hatte.

Nach diesen ersten mißlungenen Versuchen hat die Fraktion Herrn Chlapowski weder zum Reden ausgesucht, noch hat er sich zum Sprechen gemeldet. Solche Reden wollen wir nicht, — das ist keine Ehre, sondern Bloßstellung.

Aber wenngleich nicht jeder ein Redner ist, so kann er sich doch unserer Sache dienstbar erweisen. Es ist aber Tatsache, daß Herr Chlapowski sogar für Kommissionsarbeiten nicht zu gebrauchen war. Entweder ging er nicht in die Sitzungen, oder er saß da wie ein Stummer. Da man seine Unfähigkeit kannte, schlug man ihn sogar für diese Arbeiten nicht vor. Das sind unwiderlegbare Tatsachen, welche angesichts dessen, daß man diesen Herrn heute von Posen aus dem Volke aufdrängen will, hervorgehoben werden müssen. Das Spekulieren auf die Leichtgläubigkeit des Volkes ist für dasselbe eine Beschimpfung, das Volk weiß, was von Herrn Chlapowski zu halten ist, und es wird ihn nicht wählen ungeachtet aller Bemühungen und widerlichen Agitierens. Interessant ist wirklich die Tatsache, daß der Postemp in diesem Wahlkreise gegen den Adel auftritt, während doch dieses Blatt zu denen gehört, die in anderen Kreisen das Abkommen mit dem Adelskasino getroffen haben.

Verdient ein Blatt Glauben und Vertrauen, das in anderen Kreisen für die Adelskandidaten frackelt, das warm Herrn v. Grabski, einen Edelmann, gegen den Kaufmann und Demokraten Kasproicz in Gnesen unterstützt hat, aber mit einem Male im Kreise Krotoschin-Koschmin über diesen Adel herfällt?

Ist das nicht Heuchelei? Das Volk ist heute aufgeklärt; es wird die gefärbten Füchse erkennen und würdigen, wer die Rechte des Volkes standhaft wahrnimmt.

Wir treten gegen den Adel nur dann auf, wenn er im Gegensatz steht zu den Interessen des Volkes, wenn er das Volk nicht als koordinierten Faktor anerkennt, wenn er die bürgerlichen und nationalen Pflichten nicht erfüllt, wenn er, wie der Abg. v. Grabski für 14 000 Möbel bei Fremden kauft, wenn er Deutsche beschäftigt und sogar mit der polnischen Berufsvereinigung nicht verhandeln will.

Dagegen unterstützen wir jeden Edelmann, der, wie Herr v. Lipski, stets das polnische Gewerbe unterstützt, mit dem Volke gut umgeht, und es achtet.

Aus Nr. 280 des Oredownik (Posen)
vom 8. Dezember 1911:

Betrifft die Wahl.

Über die Lage im Koschminer Kreise erhalten wir von einem aufrichtigen Freunde und Anhänger unseres Blattes schon seit den Zeiten des verstorbenen Szymanski her, also seitens eines gereiften Parteileiters, der schon manches beobachtet hat, die nachstehende Zuschrift:

Den Tapferen will das Glück wohl! So sagt ein bekanntes Sprichwort. Auch wir hier bereiten uns für den Sonntag auf einen hartnäckigen Kampf vor. Wir werden in ihn mutig ziehen, denn es handelt sich für uns darum, zu zeigen, daß auch wir Wähler eine eigene Ansicht haben, daß auch wir zu beurteilen wissen, was für ein Abgeordneter uns nützt, ob ein Konservativer,

für den man mit einem Kostenaufwand von angeblich 5000 Mark wütend agitiert, oder unser Demokrat, der uns versteht, der weiß, was uns schmerzt, und der im Reichstage keine politischen Purzelbäume schlagen wird, ein Mann, von dem wir wissen, daß er nicht an den Pforten der Regierung um Gnade betteln wird. Solche Abgeordnete brauchen wir, die da wissen, wie wir denken, nicht aber Konservative, die sich einzig in den Salons herumtreiben und dort mit Besorgnis von der Enteignung sprechen, die vor Schreck beben, wenn ein Sakatist niest.

Herrn Anton Chlapowski kenne ich noch aus früheren Jahren her, und auch jetzt habe ich Gelegenheit, mit ihm zusammenzutreffen und von Zeit zu Zeit mit ihm zu sprechen. Ich kann daher dafür bürgen, daß er ein Abgeordneter sein wird, wie wir ihn uns wünschen. Daher rufe ich allen Wählern zu: Fordern wir am Sonntag für die erste Stelle der Kandidatenliste Anton Chlapowski.

Und jetzt einige Worte darüber, wie hier in Koschmin der volksparteiliche Gedanke aufgefaßt wird. Es gibt bei uns hier eine ganze Anzahl Leute, welche selbständig in die Welt blicken und das, was vorgeht, selbständig zu betrachten wissen. Leider ist der und jener abhängig von unseren städtischen Größen, und es dünkt ihm, er müsse sich mit dem, was er denkt, verstecken. Die größte Größe ist unser Prälat Lukomski. Er dirigiert alles und Alle mit Einschluß des Herrn Rechtsanwalts Czypicki und des Herrn Dr. Wyżynski, der früher uns Volksparteiler unterstützte und zu uns hielt, sich aber seit seiner Verheiratung geändert hat. Seine Frau Schwiegermutter scheint einen solchen Einfluß auf ihn auszuüben, daß er sich von uns zurückgezogen hat und es mit dem allherrschenden Propst und Prälaten hält. Daß Prälat Lukomski ein Gegner der Volksbewegung ist und sie zu bekämpfen sucht, sei es auch durch Hiftörchen vom Aufdrängen von Kandidaten aus Posen, davon brauche ich nicht zu schreiben; denn davon weiß jeder, der Zeitungen liest, und besonders in der Zeit des vorjährigen Wahlkampfes gelesen hat, als unser Propst in Borek gegen die Kandidatur des ehrenwerten Pfarrers Kurzawski eben deswegen auftrat, weil dieser ein Demokrat ist. Das sind bekannte Dinge. Es wird auch niemanden wundern, daß der Prälat als Gegner des volksparteilichen, demokratischen Denkens ein eigenwilliger Mensch ist, dem es scheint, daß außer ihm niemand eine eigene Meinung haben dürfe.

So hat er sich i. J. sehr über den Glos Wielkopolek (ein radikales, für die Frauen herausgegebenes Posener Blatt) geärgert, als dieser es wagte, seine Boreker Rede zu kritisieren. Sein Grimm ging soweit, daß er den Glos Wielkopolek aus dem katholischen Vereinshaus hinausjagen wollte. Ziemt es sich, daß ein Geistlicher aus persönlicher Abneigung so gegen ein rechtschaffenes polnisch-katholisches Blatt verfährt? Es muß doch ein jeder, der in der Politik eine Rolle, und zwar noch dazu eine den breiten Volksschichten nicht angenehme Rolle spielen will, darauf vorbereitet sein, daß andre auch sagen, was sie denken, ebenso, wie ich das gegenwärtig tue. Da wir den Glos Wielkopolek in unserer Lesehalle wieder lesen wollten, mußten wir mit Streif drohen, und es taten das eben die, welche am fleißigsten die Bückerei benützen, denn diese wünschen als Demokraten auch am meisten Aufklärung. Ebenso scheel blickt der Herr päpstliche Kammerherr auf die übrigen Volksblätter, welche dreist ihre Meinung selbst über die größten Größen sagen, denen es dünkt, sie seien unantastbar. Dafür fehlen in der Lesehalle deutsche Blätter, wie die Germania und die Neuesten Nachrichten nicht, obwohl letzteres Blatt „witzige“ Beilagen

mit Bildern hat, die unter den jungen Damen nur Ärgernis säen.

Der Herr Kammerherr hat am letzten Sonntag eine Predigt vom Gehorsam gegenüber der Obrigkeit gehalten. Das konnte die kirchliche, aber auch andere Obergkeiten betreffen. Wir sind gläubige Katholiken, keine Freimaurer, und wir sind daher den kirchlichen Oberen gehorsam; aber mögen die, welche Repräsentanten dieser Behörden sind, ihre Gewalt nicht zu andern Zwecken, zu Zwecken der Bekämpfung unserer Volksbewegung mißbrauchen. Wenn das geschieht, so werden wir dagegen auftreten, so werden wir selbst für uns zu denken wissen. Hat doch einen solchen Volksmann und Demokraten, wie es der vor kurzem verstorbene Pfarrer Stojalowski gewesen ist, dafür, weil er sich den Konservativen widersetzte, obwohl sie auf Bischofsthronen und in hohen weltlichen Würden saßen, sogar der Kirchenbann getroffen —, und dennoch hat ihm der hl. Vater vor dem Lebensende seinen Segen gesandt! So wollen auch wir offen gegen die Konservativen Einflüsse auftreten und nach dem Siege unserer Volksache streben. Fordern wir am Sonntag dreist und offen, daß unser Dr. Anton Chlapowski an erster Stelle auf die Kandidatenliste der Stadt Koschmin komme.

Ein alter Volksparteiler.

Aus Nr. 280 des Postep (Posen)
vom 8. Dezember 1911:

Aufdrängung der Kandidaturen.

In einigen Zeitungen wurden Stimmen laut, daß Posen einigen Wahlbezirken und Arcien Abgeordneten-kandidaturen aufdrängt. Dieses wurde auch in der letzten Versammlung des Nationalbundes, der ganz Posen glücklich machen will, hervorgehoben. Dort sitzen solche Superflugen und jammern, daß Franz Dobrowolski und Prälat Wawrzyniak schon gestorben seien — denn diese wären würdig, Kompromisse zu schließen, ja sogar Abgeordnete aufzudrängen.

Das Koschminer Kreiskomitee hat auch darüber die Hände gerungen, daß man ihm Kandidaten aufdrängt, daher hat es auch diese aufgebrängten Kandidaten nicht genommen, sondern solche, welche schon früher ausgesucht waren. Die Angelegenheit der Aufdrängung der Abgeordneten-kandidaturen wird verschiedentlich aufgefaßt. Es ist doch bekannt, daß die Kreiskomiteemitglieder sowohl aus Koschmin als auch aus Krotoschin nach Posen sich gewandt haben, damit man ihnen irgendwelche Kandidaten oder auch nur einen Kandidaten empfehlen möchte. Und schon damals ist von diesen Leuten die Kandidatur des Herrn Dr. Chlapowski aus Posen empfohlen worden — also kein Mensch hat diesen Herren einen Kandidaten aufgedrängt — sie selbst haben sich deswegen nach Posen gewandt. Heute wird deswegen gewaltig geschrien, daß Posen Koschmin und den Kreiskomitees Kandidaten aufdrängt.

Unter Posen ist das Wahlkompromiß, welches zwischen der nationaldemokratischen Partei und dem Bazarkasino geschlossen worden ist, zu verstehen. In den Kompromißkonferenzen hat man die Kandidaturen besprochen und beschlossen, im Prinzip diejenigen Abgeordneten, die Mandate haben, in Ruhe zu lassen — in der Angelegenheit der neuen Kandidaturen sollte man sich mit den Kreiskomitees verständigen — niemand hat also eine Kandidatur aufgedrängt. Wer von einer Aufdrängung spricht, der sagt die Unwahrheit. In jenem Kompromiß nahm nicht nur Posen allein, sondern es nahmen daran auch die Repräsen-

tantan des ganzen Großherzogtums teil. Hat man also so ein Kompromiß geschlossen, so ist man im politischen Leben einen großen Schritt weiter gegangen, denn über die Wahl der Abgeordneten berieten politische Parteien und keine Einzelnen, welche oft sich mit Politik gar nicht befaßt haben, wie es bisher geschehen ist.

Wenn wir uns das politische Leben der Deutschen ansehen, so sehen wir auch, daß man dort ein Kompromiß geschlossen hat — dieses Kompromiß haben jedoch keine Kreiskomitees, sondern politische Parteien geschlossen. Und so geschieht es in ganz Deutschland und den andern politisch gesuchten Ländern.

Bei uns fordert man zu einem Friedenskompromiß sowohl von der einen als auch der andern Seite auf — und das ist vollständig falsch. Will man während den Wahlen den Vertrag halten, so kann das nur durch gegenseitige Verständigung der Parteien geschehen — erst dann ist die Angelegenheit auf dem richtigen Wege. Dem Kompromiß entgegen sind Leute mit absolutistischen Neigungen oder solche, die in die politische Situation sich nicht weiter vertiefen. Die Kompromißangelegenheit ist nicht voll und ganz gelungen. Die ersten Schritte sind nicht gelungen, und es wird schwer halten, dies in Zukunft wieder gut zu machen.

Früher konnte man von durch die Kreise aufgebrängten Kandidaturen sprechen, und es ging auch so. In der Redaktion des Dziennik Poznański hat man, ohne die Wähler erst zu fragen, die Mandate verteilt, und keiner widersetzte sich dem — erst der verstorbene Dr. Szymanski war der erste, der dagegen aufgetreten ist. Doch er erhielt zu wenig Unterstützung und kämpfte lange Zeit resultatlos. Eine gewisse Besserung ist jedoch schon eingetreten.

Jetzt, da man die Sache in Ordnung gebracht hat, schreibt man trotzdem sogar mit Pathos, daß man Kandidaten aufdrängt, und man seufzt nach der früheren Paschaherrschaft! — und das tun noch diejenigen, die sich ebenfalls in eine Partei ohne Parolen zusammengeschlossen haben.

Ist in dem Wahlbezirk Krotoschin-Koschmin die Kandidatur des Herrn Dr. Chlapowski aufgetaucht, so ist sie keineswegs aufgedrängt worden — eher könnte man noch von einer aufgedrängten Kandidatur des Herrn Lipski reden, von dem keine Rede war, daß er in diesem Bezirke kandidieren sollte. Mögen also die aufgeklärten Wähler dagegen laut protestieren, als ob Dr. Chlapowski ein aufgedrängter Kandidat wäre. Ihn schlägt nämlich die Volkspartei vor — und das ist einer Partei eher erlaubt zu tun, als den einzelnen Kandidaten.

Über diese Aufdrängung von Kandidaturen und den Willen des Volkes könnte man vieles schreiben. Der Wille des Volkes hängt sehr oft von der Suggestion ab. Spricht ein Geistlicher, so hat er schon auf die Wähler einen großen Einfluß — und so geht es stufenweise unter den politisch ungeschulten Wählermassen. Man muß also an der politischen Schulung unseres polnischen Volkes arbeiten, dann wird von einer Aufdrängung einer Kandidatur keine Rede sein. Dazu schafft man ja auch Parteien. Dann werden auch in Versammlungen des Nationalbundes solche Dummheiten nicht für bare Münze genommen werden, daß, wenn es Parteien geben werde, die Abgeordneten dann nicht mehr im Namen der Gesamtheit, sondern in dem der Parteien reden würden. Das sieht so aus, als ob der Abgeordnete nicht von allen polnischen Wählern gewählt würde. — Ja, es muß Aufklärung verbreitet werden und nicht das politische Rückschrittler-tum, welches aus den engen Anschauungen der persönlichen Gehässigkeit resultiert. Es ist bei uns schon soweit gekommen, daß derjenige, der die Volksbewegung

bekämpft, für weise gehalten wird. — Wir sollen also rückwärts, statt vorwärts, schreiten.

Aus Nr. 50 des Przegląd Wielkopolski (Posen)
vom 9. Dezember 1911:

Liberum veto.

Im Wahlkreise Bissa-Fraustadt kommt ein polnischer Abgeordneter nicht durch. Die polnische Bevölkerung bildet dort die Minderheit; angesichts einer zahlreichen Reihe von Deutsch-Katholiken rivalisiert dort ein Zentrumskandidat mit einem deutschen Konservativen oder Nationalliberalen. Im Falle einer energischen polnischen Agitation können die polnischen Stimmen entscheiden und dem Zentrumskandidaten zum Siege verhelfen. Heute stehen wir dort wieder vor dem Dilemma: Soll man einen eigenen polnischen Kandidaten aufstellen oder mit den polnischen Stimmen dem politischen Verbündeten den Sieg sichern.

Dem Verbündeten: Denn der Zentrumskandidat, Graf Oppersdorff, welcher mit einer Polin, der Fürstin Radziwill verheiratet ist, gehört zu den wenigen deutschen Magnaten, welche aus Überzeugung und ohne Furcht unsere Nationalität verteidigen.

Ein solcher Freund im Lager einer mächtigen Partei bedeutet für uns eine größere Hilfe als eine Stimme mehr im Parlament.

Die Stimmabgabe für den Grafen Oppersdorff würde für uns keine Aufopferung bedeuten.

So könnten wir also ohne Aufopferung einen bedeutenden politischen Vorteil erringen.

Indes wurden in der Presse Stimmen laut, welche gegen das Kompromiß mit dem Zentrum gewesen sind. Das alte Lied von der Trübung der polnischen öffentlichen Meinung und der Verwischung der nationalen Verschiedenheiten in der Auffassung unseres Volkes. Es ist einer von unseren politischen Fehlern, daß wir das Volk durch Mittel zu erziehen suchen, die zur Erziehung des Volkes nicht geeignet sind. Die Wahlen sind keine Erziehungsmittel. Sie bilden im politischen Kampfe ein Manöver, welches schon eine sichere Schulung der Armee voraussetzt.

Wollten wir behaupten, daß unser Volk bisher noch nicht soweit politisch reif ist, um den Zweck der Stimmabgabe für einen Deutschen zu verstehen — so würden wir uns selbst ein Zeugnis der Unreife ausstellen — wir würden selbst bekennen, daß wir einem parlamentarischen politischen Organismus noch nicht gewachsen sind.

Das würde gleichzeitig ein großer unserer Presse und denjenigen Faktoren gemachter Vorwurf sein, die um die moralische und geistige Entwicklung des Volkes sorgen.

Um die politische Ausbildung unseres Volkes wird aber nicht hinreichend gesorgt. Das Programm der wirtschaftlichen Arbeit hat unseren Blick ganz und gar von der Pflege dieser geistigen Elemente im Volke, die aus der losen Masse die Gesamtheit und die Nation bilden, abgewandt. Ohne Verständnis der Notwendigkeit der Macht und der Notwendigkeit des Gehorsams ihr gegenüber — ohne Verständnis für die Hoheit der Rechte — gibt es keine Gesamtheit und keine Nation. Die Schichten, die um den geistigen Fortschritt des Volkes sorgen müßten, sind bei uns oftmals der Meinung, daß sie ihre soziale Pflicht erfüllen, wenn sie sich um die Volksbank in der Stadt und um den Landwirtschaftlichen Verein auf dem Dorfe gekümmert haben! Nein! Das ist zu wenig.

Die Folgen unsrer Nachlässigkeit sind unter anderen jene Befürchtungen in der Wahlperiode, ob wir vielleicht

durch eine vorzeitige Parole die öffentliche Meinung nicht irreführen könnten. Wir erziehen uns eine Armee, und wenn es dann zur Vollführung eines kühnen Manövers kommen soll — halten uns Befürchtungen und Zweifel davor zurück.

Über das Kompromiß mit dem Zentrum wird das Zentralkomitee entscheiden. Eigentlich nicht das Zentralkomitee, sondern die Einmütigkeit der Mitglieder desselben. — Das Regulativ des Zentralkomitees bestimmt nämlich, daß im ersten Wahlgange immer für einen Polen gestimmt werden muß. Von dieser Pflicht kann uns nur ein einstimmiger Beschluß des Komitees entbinden.

Es würde interessant sein zu erfahren, wer der Vater dieser Bestimmung war, in welchem Kopfe noch das Echo des alten liberum veto herumirrte — und welche Motive unsere politische Institution gezwungen haben, Gespenster, die keine Auferstehung feiern durften, wieder zu erwecken.

Revera.

Aus Nr. 285 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 12. Dezember 1911:

Die Wahlen und die Kriegervereine.

Trotz ziemlich klarer Beweise und trotz der seitens der Vorstände der Kriegervereine ausgesprochenen Ansichten, daß die Polen in ihnen nichts zu tun haben, gehören bis zum heutigen Tage hunderte von Polen im Großherzogtum Posen selbst noch den Kriegervereinen an.

Wir werden schon nicht mehr das wiederholen, was der General Spitz gesagt hat, der Vorsitzende des Verbandes der Kriegervereine; dies müßte den Polen schon als Beweis dafür genügen, daß die Deutschen sie nicht als Kameraden zu haben wünschen. Sie hätten schon längst alle aus diesen Vereinen austreten müssen. Es sei denn, daß sie darauf warten, daß die Deutschen sie schließlich noch empfindlicher fühlen lassen, daß sie überflüssig sind, und alle Polen, oder wenigstens jene, die sich noch als Polen fühlen, geradezu an den Kragen nehmen und aus den Kriegervereinen hinauswerfen.

Als neuer Beweis für das, was die Kriegervereine von ihren Mitgliedern fordern, kann das dienen, was sie in ihrer offiziellen Zeitung Parole veröffentlicht haben. Anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen hat der Hauptvorstand des Verbandes einen Aufruf erlassen, in welchem unter anderem ausdrücklich gesagt ist: Es läßt sich nicht mit dem beim Eintritt in den Verein vom Mitglied des Kriegervereins abgelegten Gelöbnis vereinigen, daß es für einen Welsen, Polen oder Sozialdemokraten stimmt. Ferner heißt es im Aufruf:

„Wer sein Gelöbnis nicht halten will, von dem erwarten wir, daß er als ehrlicher Mensch aus dem Kriegerverein austritt, weil seine Zugehörigkeit eine freiwillige ist und wir niemanden halten, der sich nicht zu unsern Grundsätzen bekennen will.“

Dies betrifft gleichfalls die Haupt- und Stichwahlen. Auch bei den Stichwahlen ist das Stimmen für einen Sozialdemokraten, Welsen, oder Großpolen gleichbedeutend mit einer Unterstützung dieser Parteien und läßt sich mit den Satzungen der Kriegervereine nicht in Einklang bringen.

Wir bitten unsere Verbands- und Vereinsvorstände, in diesem Sinne tätig zu sein.

Ist das noch nicht deutlich genug? Man appelliert doch offen und ehrlich an die Ehrlichkeit, man überläßt ihnen doch die Wahl zwischen zwei Wegen: nicht für den Kandidaten zu stimmen, der den Deutschen nicht

paßt, oder aus dem Verein auszuscheiden. Man wird also bald sehen können, was man von einem polnischen Mitglied des Kriegervereins zu halten haben wird, ob es seine Stimme dem beim Hauptvorstande des Kriegerverbandes in Gnaden stehenden Kandidaten gegeben und dadurch die Sache seiner Volksgesamtheit verraten hat, ob es jedes Gefühls für Ehrlichkeit bar ist.

Immerhin muß man zugeben, daß der Verbandsvorstand die Sache recht geschickt angefaßt hat. Augenscheinlich ist dies deshalb geschehen, weil er will, daß sich die Kriegervereiner endlich ehrlich und offen erklären sollen, nicht nur darüber, welche politische Gesinnung sie hegen, sondern auch darüber, ob sie sich nur als Deutsche fühlen, ob sie endlich von ganzem Herzen und von ganzer Seele nur dem Vaterland und der deutschen Idee ergeben sind.

Man müßte ungerecht sein, wenn man nicht die Berechtigung jenes Aufrufes anerkennen wollte. Sehr berechtigt ist die Ansicht, daß der, der das nicht hält, wozu er als Mitglied des Kriegervereins moralisch verpflichtet ist, als ehrlicher Mensch austreten muß.

Es ist dies berechtigt, denn wenn jemand irgendwelche Satzungen unterschreibt, dann muß er sich ihnen auch unterordnen. Falls ihm dies nicht möglich ist, und er selbst nicht der Sklave der ihm fremden Idee werden, auch nicht andere belügen will, wenn er, mit einem Wort gesagt, nicht als unehrlicher Mensch gelten will, dann bleibt ihm nur ein Weg zur Rettung des Gewissens und der Ehre übrig, nämlich das Ausscheiden. Demgegenüber muß man sich nur eins fragen, ob jene Polen, die sich bis jetzt noch den Reiben der Deutschen Kriegervereine zuzählen, nicht Scham ergreift? Ferner muß man fragen, was sie jetzt tun werden und welche Haltung sie dem Aufruf des Hauptvorstandes des Verbandes der Kriegervereine gegenüber einnehmen werden? Werden sie ihre Abstammung und ihren Glauben verleugnen? Wird ihnen der Kriegerverein lieber sein, als die nationale Angelegenheit und die Kirche? Sie sehen doch heute deutlich genug, was man von den Kriegervereinlern fordert. Den Glauben und die Nationalität verleugnen, oder fort aus den Kriegervereinen, wenn ihr eure polnischen Stimmen nicht dem Feind der eigenen Nationalität und des Glaubens der Väter geben wollt. Was hier zu tun ist, darüber kann es nur eine Antwort geben. Das Gewissen kann hierauf nur einzig und allein antworten: Fort aus den Kriegervereinen! Die nationale Würde verlangt nämlich, daß man sie nicht verächtlich behandelt. Schon die Scham allein müßte uns veranlassen, uns nicht dort gewaltsam einzudrängen, wo man uns nicht haben und sehen will. Wer ein wahrer Sohn des Vaterlandes und der katholischen Kirche ist, müßte sich schon dessen alleine schämen, daß sein Name im Verzeichnis der Kriegervereiner stehen sollte. Es sei denn, daß jemand nicht mehr Pole sein will, daß es mit ihm schon soweit gekommen ist, daß er seine Abstammung verleugnet hat; ein solcher mag, wenn sein Gewissen schon soweit betäubt ist, ruhig und in Frieden auch weiterhin im Kriegerverein sitzen. Wenn ihm dies lieber ist, als alles andere, dann möge er nicht nur während der Wahlen seine Stimme für einen Deutschen abgeben, sondern er möge sich auch niemals und nirgendwo ein Pole nennen, denn die Volksgesamtheit wird ihn niemals als einen solchen anerkennen können. Fort also aus den Kriegervereinen, wer noch eine polnische Seele besitzt.

Aus Nr. 283 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 10. Dezember 1911:

Propst Kurzawski

erhielt, wie wir erfahren, von der geistlichen Behörde die Erlaubnis, sich um ein Reichstagsmandat zu bemühen.

Sicherlich werden die Wähler des Bezirks Wirsiß-Schubin-Zuin, die den Propst Kurzawski gern zum Abgeordneten haben möchten, diese Nachricht mit aufrichtiger Freude aufnehmen.

Aus Nr. 280 des Lech (Gnesen)
vom 7. Dezember 1911:

Die Nachgiebigkeit der geistlichen Behörde.

Schon häufig haben wir an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß unsere geistliche Behörde den Anmaßungen der staatlichen Behörden gegenüber allzu nachgiebig ist. Heut können wir die Reihe der Beispiele für die Nachgiebigkeit der geistlichen Behörde um ein sehr drastisches vermehren. Die Sache verhält sich folgendermaßen:

In dem Städtchen Gollantsch besteht seit einigen Jahren eine Spolka Ziemśka, die sich mit der Vermittlung beim An- und Verkauf von Grund und Boden, sowie mit verschiedenen Operationen beschäftigt, die in ihr Fach schlagen. Diese Genossenschaft hat eine höchst segensreiche Tätigkeit entfaltet, und es ist ihr gelungen, so manches Stück polnischer Erde zu retten. Der Leiter und die Seele der Genossenschaft war der Propst Duczmal aus Hoyen, dem es durch seine außergewöhnliche Gewandheit, mit der seine Selbstlosigkeit gleichen Schritt hielt, gelang, das Tätigkeitsgebiet der Genossenschaft zu erweitern; unter Berücksichtigung der kurzen Dauer ihres Bestehens, hat er sie zu einer außerordentlichen Entfaltung gebracht. Die Genossenschaft in Gollantsch und ihr Leiter Propst Duczmal waren also den Deutschen ein Dorn im Auge. Sie versuchten es auf die verschiedenste Art und Weise, den Propst Duczmal aus der Genossenschaft herauszubekommen, indem sie darauf rechneten, daß sie infolge des Verlustes ihres befähigten Leiters zugrunde gehen oder wenigstens ohnmächtig werden würde, aber ihre Bemühungen waren ergebnislos. Aber die Deutschen gaben ihre Sache noch nicht verloren. In der Nachbarschaft von Gollantsch sitzt auf Smogulec der Majorats Herr Graf von Hutten-Czapski, von dem es bekannt ist, daß nur sein Name an seine polnische Abstammung erinnert, während er übrigens seiner Denkungsart und seinem Empfinden nach ein Preuße von reinstem Wasser ist. An diesen Grafen von Hutten-Czapski wandten sich die Deutschen mit der Bitte, er möchte sich um die Entfernung des Propstes Duczmal aus der Spolka Ziemśka in Gollantsch bemühen. Herr von Hutten-Czapski lehnte dies natürlich nicht ab, sondern er wählte den einfachsten Weg, um sein Ziel zu erreichen, indem er sich an die geistliche Behörde wandte. Er reiste also nach Gnesen und stellte der geistlichen Behörde vor, welche verderblichen Folgen es haben könnte, wenn sich ein Geistlicher mit Landhandel beschäftige. Gleichzeitig machte Herr von Hutten-Czapski die geistliche Behörde darauf aufmerksam, welche Gefühle die Deutsch-Katholiken in Gollantsch ergreifen müßte, für welche nach dem Gottesdienst deutsche Predigten stattfänden. Er forderte angeblich sogar, daß die polnischen Kinder vor der deutschen Predigt nicht hinausgehen sollten, um die Deutschen nicht in der Andacht zu stören; die polnischen Kinder

lernten doch in der Schule deutsch und könnten auch der deutschen Predigt bewohnen.

Die geistliche Behörde lud den Propst Duczmal vor und forderte von ihm eine Darstellung der Sachlage. Wir können natürlich nicht in die Einzelheiten dieser verschiedenen Verhandlungen eingeweiht sein, wir kennen nur ihr Ergebnis, das für uns außerordentlich demütigend ist. Der Propst Duczmal wurde schließlich gezwungen, aus seiner Stellung auszuscheiden, was er auch unverzüglich tun wird, sobald die Genossenschaft irgendeine andere Kraft gefunden haben wird. Die geistliche Behörde hat Herrn von Hutten-Czapski und seinen Auftraggebern außerdem noch viel Wohlwollen gezeigt. Als nämlich Propst Duczmal seinen Schriftwechsel mit Herrn Czapski an alle Gutsbesitzer und Geistlichen im Kreise Wągrowitz senden wollte, hat ihm dies die geistliche Behörde unter Androhung von Disziplinarstrafen verboten.

Ein derartiges Verhalten der geistlichen Behörde muß sowohl in der weltlichen Volksgesamtheit als auch in den Kreisen der Geistlichkeit sehr ernsthafte Befürchtungen hervorrufen. Wir können vor allen Dingen der geistlichen Behörde nicht den Vorwurf ersparen, daß sie dadurch, daß sie den Propst Duczmal auf diese oder jene Weise gezwungen hat, den Posten zu verlassen, den er von ganzer Seele liebte, ihre Kompetenzen überschritten hat. Gegen eine derartige Beschränkung der bürgerlichen Tätigkeit der Geistlichen durch die geistliche Behörde muß die Volksgesamtheit ganz entschieden protestieren. Ein Geistlicher ist ebenso ein Bürger wie jeder Zivilist und seine bürgerliche Tätigkeit entzieht sich der Kompetenz der geistlichen Behörde. Die Regierung versucht es allerdings, die Tätigkeit unserer Geistlichen zu beschränken und geradezu unmöglich zu machen, aber die geistliche Behörde hat nicht die Pflicht und nicht das Recht, sie bei diesen Bestrebungen zu unterstützen und zum gefügigen Werkzeug der Regierung im Kampf gegen die polnische Volksgesamtheit zu wenden.

Aus Nr. 282 des Lech (Gnesen)
vom 10. Dezember 1911:

Vom Propst Duczmal

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Hoyen, den 7. Dezember 1911.

Der geehrten Redaktion

teile ich in bezug auf den Artikel „Nachgiebigkeit der geistlichen Behörde“ mit, daß der Grundgedanke, die geistliche Behörde habe mich gezwungen, aus dem Vorstand der „Spolka Ziemśka“ in Gollantsch auszutreten, nicht den Tatsachen entspricht. Außerdem sind auch noch andere Punkte ungenau.

Es ist mir unangenehm, daß die geehrte Redaktion mich nicht vor Veröffentlichung jenes Artikels um Information ersucht hat, da die öffentliche Meinung durch die Schilderung des tatsächlichen Sachverhalts nicht beunruhigt worden und der geistlichen Behörde kein Unrecht geschehen wäre, wie das durch den veröffentlichten Artikel unzweifelhaft geschehen ist.

Ich bitte, diese wenigen Worte der Aufklärung in der nächsten Nummer zu veröffentlichen.

Achtungsvoll
Geistlicher Duczmal.

Wir waren von vornherein auf eine solche Beichtigung gefaßt. Demgegenüber müssen wir nochmals nachstehende Tatsachen feststellen:

1. Die Deutschen waren seit längerer Zeit bemüht, das Ausscheiden des Propstes Ducmal aus der Spolka Ziemska in Gollantich zu veranlassen.

2. Den gleichen Zweck erstrebte Graf Hutten-Gzapski aus Smogulec, als er sich zur geistlichen Behörde nach Gnesen begab und sie auf die verderblichen Folgen der Tätigkeit des Geistlichen aufmerksam machte, der an der Spitze einer mit Land handelnden Institution stand.

3. Geistlicher Ducmal scheidet aus dem Vorstand der Genossenschaft aus.

Den inneren Zusammenhang der einzelnen Tatsachen mögen sich unsere Leser selbst denken.

Schade nur, daß sich Propst Ducmal mit allgemeinen Wendungen begnügt und den nach seiner Ansicht tatsächlichen Sachverhalt schildert, um die öffentliche Meinung zu beruhigen und die geistliche Behörde vor weiteren Beschuldigungen zu bewahren.

Die Redaktion.

Aus Nr. 281 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 7. Dezember 1911:

Protestantisierung.

In Sadki, Kreis Wirsiß, richtete der protestantische „Vaterländische Frauenverein“ eine Krankenpflegestation ein und stellte als ständige Pflegerin die Diaconissin Brasch aus Schwarzenau an. Da Sadki überwiegend polnisch und katholisch ist, muß man diese Einrichtung als einen Versuch betrachten, die dortige Bevölkerung mit dem Protestantismus vertraut zu machen.

Aus Nr. 282 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 8. Dezember 1911:

Die Phantasie der Sakatisten.

Am Tage nach Allerseelen haben wir in unserer Zeitung einige Worte des Franzosen, Herrn Sorlot, gebracht, der für das Gebet an den Grübern seiner Landsleute dankte. Unsere Leser werden sich sicherlich dieser wenig umfangreichen Dankagung erinnern. Die Dankesworte des Herrn Sorlot waren nur ein Beweis für die brüderliche Zusammengehörigkeit der Franzosen untereinander, eine rührende Kundgebung der nationalen und religiösen Solidarität; in diesen einfachen, herzlichen Worten konnte man nicht die geringste Absicht einer politischen Manifestation erblicken.

Und doch wollten die Sakatisten aus diesen wenigen Worten durchaus eine wichtige und aufreizende Sache machen. Eine solche Absicht spricht nämlich aus den Worten des Herrn Keller, Rektor in Schwetz, der in seinem Artikel in der „Rattowiger Zeitung“ die Worte des Herrn Sorlot auf solche eine Art verdreht hat, daß sie sich unter seiner Meisterhand völlig verändert haben und zu ungeheuerlichen geworden sind.

Nachstehend einige Beispiele:

Herr Keller wirft Herrn Sorlot vor, daß er, als er den Polen dankte, eine Ungerechtigkeit begangen haben, da die Summen zur Unterhaltung des Grabsteins ein Kirchenvorstand — welcher ist nicht bekannt — zur Verfügung gestellt habe, der sich aus Deutschen zusammengesetzt habe. Diesen Vorstand möge suchen, wer da wolle. Schließlich spricht Herr Keller unnötiger Weise über die Dekoration und verwirrt die Sache, während Herr Sorlot lediglich für das Gebet gedankt hat.

Da an dem Grabe der französischen Soldaten auch einige Deutsch-Katholiken gebetet hatten, dankte ihnen Herr Sorlot in der Ostdeutschen Rundschau. Wir haben dies anerkannt, denn wir sind nicht ver-

blendete Radikale. Herrn Keller stört dieser Beweis der absoluten Unparteilichkeit, und da er sich aus der Affäre herausziehen will, erklärt er entschieden, daß Herr Sorlot sich nur an den Dziennik Bydgoski gewandt hat. Eine Fälschung mehr. Die Phantasie des Herrn K. hat sogar das an das Grabmal geklebte, mit einem violetten Bande geschmückte Mooskreuz nicht verschont. Die violette Farbe, die internationale Trauerfarbe, stellt nach Ansicht des Herrn K. eine politische Manifestation dar. Herr K. geht noch weiter. Seine vom Haß geblendeten Augen laßen auf dem Bande eine polnische Aufschrift, die überhaupt nicht vorhanden war. Das sei nicht mehr ein Ausdruck der Trauer, das sei eine politische Demonstration; Herr Sorlot konnte sie nur als Vertreter seines Landes veranstalten, indem er in dessen Namen das Freundschaftsverhältnis zwischen Frankreich und Polen öffentlich zum Ausdruck brachte.

Mag sich Herr Sorlot jetzt vorsehen. Er wird nicht spazieren gehen, Kirchen, Denkmäler, Bibliotheken besuchen können, ohne den Zorn des Herrn K. zu erwecken, der sehr geschickt darin ist, jede Sache mit einer politischen Sauce zu würzen. Da ihm die Masse von Lügen, die er in seinem Artikel aufgehäuft hat, als ein genügender Stützpunkt erscheint, zieht er aus den Schöpfungen seiner Phantasie noch phantastischere Schlüsse. So sieht er deutlich die Absichten eines bewaffneten Aufstandes, er sieht eine Hülfeleistung von seiten Frankreichs, mit einem Wort, eine drohende Gefahr, die, wenn sie nicht im Keime erstickt wird, auf den Ruinen des Deutschen Reiches die Herrschaft des Polen- und des Slaventums errichten wird. Derartig ist die Macht der Phantasie, wenn sie nicht durch die Zügel des Verstandes gezügelt wird.

Fortgerissen von seiner üppigen, exaltierten Einbildungskraft zittert Herr K. um den Bestand seiner Nation und empfiehlt inständigst radikale Mittel der Vorsicht. Es sollen also nicht mehr Franzosen nach den Ostmarken gesandt werden. Daß die Kultur unserer lernenden Jugend auf diese Weise zurückgehen wird, was schadet das? Aber Herr K. weiß gut, daß in der Gesamtbildung des Menschen der Jetztzeit die französische Sprache immerhin eine wichtige Rolle spielt und er erklärt sich deshalb gütigst mit der Anwesenheit französischer Lehrer einverstanden. Er empfiehlt aber eine möglichst sorgfältige Wahl, damit sich unter ihnen nicht etwa Freunde der Polen finden.

Ich erlaube mir noch zu bemerken, daß der Vorschlag des Herrn K. auf unermessliche Schwierigkeiten stoßen wird. Um einen Franzosen zu finden, der nicht das Gefühl der nationalen Solidarität und der Dankbarkeit für jene hegt, die Frankreich Sympathie bezeugen, müßte man die Gefängnisse, die Zuchthäuser und die Strafkolonien in Frankreich besuchen. Ich bin der Ansicht, daß Herr K. zu einem solchen Suchen bereit sein würde, aber ich hoffe, daß die Leser der Rattowiger Zeitung nicht gestatten werden, sich durch solche von Haß diktierten Lügen Sand in die Augen streuen zu lassen.

Observator.

Aus Nr. 284 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 14. Dezember 1911:

Gründung einer neuen Genossenschaft.

Man schreibt uns aus der Stadt:

Nachdem die f. B. ad hoc gewählte Kommission die erforderlichen Vorbereitungen getroffen hatte, kam es gestern hier in Posen zur Gründung einer Genossenschaft, die den Zweck hat, den Ein- und Verkauf von Baumwollentstoffen en gros zu betreiben.

Die Versammlung leitete der Bankdirektor Herr Heinrich Hedinger. Nach Darlegung des Sachverhalts seitens der Komiteemitglieder, ferner nach einmütigem Einverständnis betreffs Gründung der Genossenschaft, nach Besprechung und Annahme des geringfügig abgeänderten Statutenentwurfs verfaßte Herr Justizrat Eichowicz den erforderlichen notariellen Akt. Die Genossenschaft wird den Namen „Textilia“, G. m. b. H., führen. Ihr Sitz ist Posen.

Das Anlagekapital beträgt 100 000 M in Anteilen à 500 M ohne weitere Zuzahlung. Deponiert wurde es von 64 Teilnehmern, die sich aus Kaufleuten, Finanzleuten und Landwirten zusammensetzen. Die Genossenschaft wird ihre Tätigkeit mit dem 1. März bzw. 1. April 1912 beginnen. Den Aufsichtsrat werden fünf, den Vorstand zwei Mitglieder bilden. In den Aufsichtsrat berief man: Bankdirektor Dr. Honcia, Wladimir Adamski, Mroczkiewicz — sämtlich in Posen, Rasprowicz-Gnesen und Weydmann-Hohenfalsa. Weiter des Geschäfts werden sein die Herren Kasimir Kuzaj und Kozlicki-Posen. Einer der Herren wird zurücktreten nach Wahl eines Vorstandsmitgliedes, das seine Arbeit ausschließlich der Genossenschaft widmen können. Die Bewerbung um diese Stelle wird in kurzem ausgeschrieben werden.

Wie wir sehen, gehören dem Aufsichtsrat und Vorstand mit einem Bankbeamten an der Spitze praktische Männer an, in ihrer Mehrheit mit der Branche vorzüglich vertraute Kaufleute, die, da sie ihre eigenen Geschäfte mit Sachkenntnis und gutem Erfolge führen, die Bürgschaft bieten, daß sie das genossenschaftliche Werk mit der erforderlichen Sachkenntnis und Umsicht führen werden. Und da in der Textilbranche bei uns großer Bedarf herrscht, kann man dem neuen Unternehmen ein gutes Gelingen prophezeien.

Nach Ansicht von Kennern ist das Anlagekapital völlig hinreichend. Im Bedarfsfalle kann es mit Leichtigkeit verdoppelt, ja verdreifacht werden, denn bei uns ist für erforderliche und praktische Unternehmungen Kapital genug vorhanden.

Aus Nr. 285 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 12. Dezember 1911:

Ein Verkäufer!

Wir müssen unseren Lesern eine traurige Mitteilung machen. In Großsee, Kreis Strelno, hat der junge Bauer Stan. Kozikowski seine 40 Morgen große Wirtschaft an den Deutschen Siwert verkauft. Die Wirtschaft ist dem Kozikowski erst vor einigen Monaten von seiner Schwiegermutter Walczak übertragen worden und Kozikowski hat sie in so kurzer Zeit verschachert. Sowohl die Schwiegermutter als auch ihre Tochter, die Ehefrau des K., sind mitschuldig, weil sie sich mit dem Verkauf einverstanden erklärt haben. Die Familie galt als rechtschaffen und fromm; jetzt hat es sich gezeigt, wie sie in Wirklichkeit gewesen ist, denn sie schloß den Handel an dem für jeden wahren Polen heiligen Feiertag der Mutter Gottes ab. Kozikowski ist in die Reihe der Verschacherer getreten und hat seinen Namen für ewig gebrandmarkt. Wir warnen vor ihm, falls er sich irgendwo ansiedeln und einen Polen austausen will.

Aus Nr. 280 des Lech (Gnesen)
vom 7. Dezember 1911:

Der Loyalismus

mancher Gutsbesitzerkreise gegenüber dem Deutschtum ist hier und dort geradezu geeignet, nachdenklich zu stimmen. So haben sich z. B. im Kreise Witkowo zwei Gutsbesitzer gefunden, die mit ganzer Macht dafür agitierten, dem aus dem Amte scheidenden Landrat Schack ein Abschiedsessen zu geben. Diese Herren veranlaßten sogar eine Zusammenkunft der Bürger des Kreises, um in ihr über ihr Projekt Beschluß zu fassen. Zum Ruhm der Witkower Bürgerschaft muß man indessen bemerken, daß die Projektentmacher allein blieben.

Über diese Herren muß man sich um so mehr wundern, als der Landrat Schack wegen seiner feindlichen Gesinnung gegenüber den Polen bekannt war. Als Abgeordneter hielt er Reden, die antipolnische Gesinnung atmeten, und als Landrat trat er, wo er immer nur konnte, gegen die Polen auf. Jetzt haben sich bei seinem Abgang zwei Herren gefunden, die ihn für alle diese Wohltaten die Hand küssen wollten.

Aus Nr. 282 des Lech (Gnesen)
vom 10. Dezember 1911:

Gonsawa.

Am 2. d. Mts. ist im Saal des Herrn Kowalik in Gonsawa eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma „Bazar“ gegründet worden, die am 15. d. Mts. ins Leben treten wird. Man müßte wünschen, daß bei den Weihnachtseinkäufen alle von nationalem Gefühl und der Lösung „Der Landsmann zum Landsmann“ erfüllt, diese neue Institution gehörig unterstützen und ihr dadurch nicht eine Existenz, sondern auch eine gehörige Entwicklung sichern.

Aus Nr. 284 des Lech (Gnesen)
vom 13. Dezember 1911:

Die Weihnachtszeit

nähert sich und mit ihr der stärkere Einkauf von Waren und Weihnachtsgeschenken. Bei wem decken wir unsere Bedürfnisse — das ist die Frage, die sich jedem aufdrängt. Und die einzige Antwort hierauf lautet: Ausschließlich bei den Landsleuten! Jene aber, die bisher die Fremden, die Juden unterstützt haben, mögen daran denken, daß die Juden zu allen Zeiten die größten Schädlinge der polnischen Nation waren und auch heute noch ihre erbitterten Feinde sind. Es haben dies wieder die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen in grellem Licht gezeigt. Überall stimmten die Juden in geschlossenen Reihen mit den Deutschen und Ksatisen gegen die polnischen Kandidaten. Den Juden haben wir es also zu verdanken, wenn wir in so uralten polnischen Städten wie Gnesen, Hohenfalsa usw. nicht einen einzigen polnischen Stadtverordneten haben. Wer führt hier den Reigen an, wer regiert hier? — die Juden! — Und dies ist sicherlich mit Schaden für uns verbunden. Und diese feindliche Haltung des Judentums gegenüber der polnischen Volksgemeinschaft offenbart sich immer mehr. Hierfür hatten wir unlängst in Gnesen Beweise. So stimmten z. B. diesmal bei den Wahlen zur Handelskammer sogar jene Juden, die sich seit undenklichen Zeiten niemals an irgendwelchen Wahlen beteiligt hatten, und sie übten ihr

Wahlrecht nur deshalb aus, um den polnischen Kandidaten zu verdrängen.

Das Judentum hat nicht nur im preußischen Anteil uns gegenüber eine feindliche Haltung angenommen, sondern auch im Königreich, wo es mit den Russen Hand in Hand geht, und in Galizien, wo es sogar fordert, daß die deutsch-jüdische Mundart ebenso wie die polnische Sprache als Amtssprache anerkannt werden soll, wo es Abgeordnete wählt, die der polnischen Fraktion nicht angehören.

Wir fragen, wer ist schuld daran, daß sich das Judentum bei uns auf so freche und zynische Art breit macht? Nur wir selbst, die wir Jahrhunderte hindurch die Juden bereichert und ihnen die Mittel in die Hand gegeben haben, mit deren Hilfe sie uns gegenwärtig bekämpfen und bedrücken. Und wie viele polnische Groschen fließen heute noch in die jüdischen Taschen! Millionen und abermals Millionen Mark! Und so lange das Judentum unter uns sitzt, ist es unser erbittertster Feind, sobald es sich aber die Taschen mit polnischem Geld vollgestopft hat, zieht es nach Berlin, Breslau oder andern deutschen Großstädten. Und die um so viele Millionen ärmer gewordene polnische Nation muß um so höhere Steuern zahlen, weil jene, die sich an ihr bereichert haben und Steuern zahlen könnten, das Land verlassen haben. So kann es nicht weiter gehen! Angesichts des nahen Weihnachtstages wollen wir uns fest vornehmen, auch nicht einen Groschen zu den Fremden zu tragen, sondern den ganzen eigenen Bedarf nur beim Landsmann zu decken! So würde es wahren Polen und Katholiken geziemen.

Aus Nr. 284 des Lech (Gnesen)
vom 13. Dezember 1911:

Germanisierungsabende für das Volk

hat wieder der Schulinspektor in Bartschin, Labischin und Pakosch veranstaltet. Die hakatistischen Zeitungen schreiben voll Freude, daß die Germanisierungsabende sich großen Erfolges erfreuen. Hier und dort erscheinen sogar Polen in Scharen in diesen Versammlungen und verschlingen mit großem Appetit das preußische geistige Häcksel. Herr Schulinspektor Struck wies in seiner Eröffnungsrede auf den preußisch-patriotischen Zweck dieser Unterhaltungsabende hin und betonte die Notwendigkeit ihrer Veranstaltung; nach Ansicht des Herrn Inspektors sollen sie das Mittel zur Erziehung einer Generation sein, die dem preußischen Könige treu sein und das preußische Vaterland von ganzem Herzen lieben wird.

Die Veranstalter der Unterhaltungsabende verzeihen, daß sie für den Annexionsstaat niemals die Herzen der eingewanderten Bevölkerung gewinnen werden, deren Gefühle man auf Schritt und Tritt mit Füßen tritt, die man ständig schikaniert, der man alle bürgerlichen Rechte, ja sogar die Muttersprache raubt. Und wenn hier und dort eine kleine Schar von Polen zu diesen preußisch-patriotischen Unterhaltungsabenden eilt, dann mögen sich die Herren Germanisatoren hierüber nicht allzu sehr freuen. Es sind dies nämlich jene Polen, die, jeglichen polnisch-bürgerlichen Empfindens beraubt, sich schamlos dort eindrängen, wo man ihre Nationalität ohrfeigt und vor die Tür wirft. Und diese unglückseligen Polen schenken wir gern den verhassten Germanisatoren zum Ruhme Preußens.

Aus Nr. 280 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 10. Dezember 1911:

Organisation des Volksbibliothekenvereins im Kreise Schrimm.

Weil der Volksbibliothekentag, welcher in diesem Jahre in Posen tagte, konstatiert hat, daß der Kreis Schrimm bisher nicht organisiert ist, und daher das Bibliothekswesen auf den Dörfern keine Fortschritte macht, delegierte der Zentralvorstand des Volksbibliothekenvereins den Herrn Rechtsanwalt Celichowski aus Posen, die Reorganisation des Kreises in die Wege zu leiten.

In der am 23. v. Mts. stattgefundenen Vertrauensversammlung, welche von mehreren Duzend eigens vom Zentralvorstand eingeladenen Delegierten aus dem ganzen Kreise besucht war, hat man beschlossen, den Kreis Schrimm in einen nördlichen und südlichen durch die Warte getrennten Bezirk zu teilen und den Bezirk Moschin von dem Posener Bezirk abzutrennen. Beide Teile werden fernerhin eigene Komitees und eigene Organisationen haben, was bei der großen Ausdehnung des Kreises die Organisationsarbeit sehr erleichtern wird. Der nördliche Teil mit seinem Zentrum, der Stadt Kurnik, soll in diesen Tagen die Wahl des neuen Komitees vornehmen. Der südliche Teil mit seinem Zentrum, der Stadt Schrimm, hat die Komiteewahlen und die Einteilung in Bezirke folgendermaßen durchgeführt: Zu Vertrauensleuten für den Bezirk Schrimm sind gewählt worden: Dr. Matujewski aus Schrimm und Szczepankowski aus Lent; für den Bezirk Kions die Geistlichen Wisniewski aus Emchen und Schaust aus Kions; für den Bezirk Dolzig Geistlicher Vaniewski aus Wieszczyczyn und Herr Michalski aus Podzektia und die Komiteemitglieder Vorsitzender Potworowski aus Zbrudzewo, Schriftführer Rechtsanwalt Morawski aus Schrimm, Schatzmeisterin Barcikowska aus Konarski und Kreisbibliothekar Borowicz aus Schrimm. Zum Bezirk Kions gehören die Parochien: Kions, Emchen, Chwalkowo und Wloziewski. Zum Bezirk Dolzig die Parochien: Dolzig, Wieszczyczyn und Morka. Zum Bezirk Schrimm: Schrimm, Blosizewo, Zabno und Brodnica. Die Vertrauensmänner der einzelnen Bezirke haben sich verpflichtet, bis zur nächsten Komiteesitzung sich mit den maßgebenden Faktoren ihrer Bezirke zwecks Gründung von Bibliotheken und Bestimmung der Kollektoren und Bibliotheken ins Einvernehmen zu setzen.

Vorläufig werden in den Dörfern ständige Beiträge nicht erhoben. Das soll erst nach Neujahr geschehen. Gegenwärtig hat das Bücherlager des Zentralvorstandes alle seine Vorräte ausgegeben und kann also erst im folgenden Jahre — nach der Ernte — unseren Kreis berücksichtigen. Infolge der jetzt tagenden politischen Versammlungen werden Versammlungen in Angelegenheiten des Volksbibliothekenvereins erst nach Neujahr einberufen werden. In denselben werden Mitglieder aufgenommen und später von diesen ständige Beiträge erhoben werden, auf Grund deren wir dann die Bücher bekommen. Vorläufig müssen die Vertrauensmänner dafür sorgen, den Grund zu Versammlungen und die Mitgliedschaftsbereitschaft möglichst gut vorzubereiten — damit später eine möglichst große Zahl von Leuten dem Verein beitreten kann — und wir dadurch einen möglichst großen Fonds bekommen. Zugleich bitten wir alle Bewohner des südlichen Teils des Kreises Schrimm, alle Gelegenheitsammlungen für den Volksbibliothekenverein, sei es anlässlich von Trauungen, Jagden usw., nicht den Zeitungen, sondern zu Händen des Schatzmeisters oder des Kreiskomitees

vorstehenden zu übersenden. Über den Eingang der Beträge wird in den Zeitungen öffentlich quittiert werden. Dadurch werden wir für lokale Zwecke bedeutende Beträge erhalten, die sonst für den Kreis Schrimm verloren gehen würden.

Alle Informationen in Sachen des Volksbibliothekenvereins unseres Kreises erteilt das Komitee sehr gern und bittet gleichzeitig, sich an dasselbe und nicht an den Zentralvorstand in Posen zu wenden.

Die polnischen Zeitungen bitten wir um Übernahme des obigen Artikels.

Schrimm, im November 1911.

Das Kreiskomitee.

Aus Nr. 286 des Dziennik Kujawski (Hohenstaal)
vom 13. Dezember 1911:

Ein interessantes Verbot und ein noch interessanterer Wunsch.

Der Direktor der hiesigen landwirtschaftlichen Schule hat den Schülern verboten, sich in der Schule und auch während der Pausen in polnischer Sprache zu unterhalten. Er hat jede polnische Unterhaltung entschieden verboten und mit Entfernung gedroht.

Nicht genug damit. Der Herr Direktor hat sich noch zu dem Wunsche aufgeschwungen, die Schüler möchten auch auf der Straße untereinander deutsch sprechen.

Wir sind gespannt, wer den Direktor zu einem solchen Verbot und Wunsche bevollmächtigt hat, denn wir kennen kein Gesetz, das da den Schülern verbietet, sich untereinander in der Muttersprache zu unterhalten.

Aus Nr. 25 Dla naszej dziatwy (Beilage zu Nr. 281 des Lech (Gnesen)
vom 10. Dezember 1911:

An unsere kleinen Leser und Leserinnen!

Briefchen mit der Beschreibung des Lebensganges unseres großen Dichters hat der Leszer erhalten von:

Maria Siforska,
Maria Ciemnopolowska,
M. Kurkiewicz,
Valerian Sietierski,
Jozef Sietierski,
Stanislaus Ciemnopolowski,

sämtlich aus Gnesen.

Helene Schacht aus Schönfelde,
Elisabeth Dembicka aus Slomowo bei Wreschen,
P. Krzyzaniak aus Starczanowo bei Schroda.

Belohnungen werden erhalten:

M. Siforska, E. Dembicka, B. Sietierski.

Aus Nr. 12 des Zjednoczenie (Posen)
vom 3. Dezember 1911:

Dem Verbande der Frauenbildungs-Vereine schlossen sich wieder zwei neugegründete Vereine an:

Der Frauenleseverein in Wągrowitz, welcher auf Vorschlag der Landwirtinnen des Kreises Wągrowitz am 10. November d. Js. gegründet wurde, sowie der Verein „Oświata“ in Borek, welcher am 12. November d. Js. gegründet wurde und 55 Mitglieder zählt.

Beide Vereine sind mit Hilfe eines Mitgliedes des Verbandsvorstandes, der Frau Anna Suchocka aus Pleschen gegründet worden.

Wir begrüßen die neuen Vereine herzlichst in unserem Kreise mit dem Wunsche: „Viel Glück“ bei der unternommenen Arbeit.

Für den Vorstand.

Alexandra Slominska.

M. Glowacka.

Vorsitzende.

Schriftführerin.

Aus Nr. 23 des Kupiec (Posen)
vom 1. Dezember 1911:

Die Weihnachtseinkäufe!

Die Weihnachtszeit rückt näher heran, eine Zeit der lebhaftesten Bewegung fast in allen Handelszweigen. In dieser Zeit sieht man die Geschäftsläden oft von Abnehmern überfüllt, sodaß manche lange warten müssen, bis sie bedient werden. Wir freuen uns dann, wenn wir sehen, daß der polnische Handel blüht. Es kommt aber vor, daß ein fremder Laden von polnischen Kunden überfüllt und ein ähnlicher polnischer fast leer ist. Muß sich denn das Herz eines echten Polen über solchen Anblick nicht betrüben? Wenn man schon das ganze Jahr hindurch dazu aufgefordert hat, die Waren bei den Landsleuten zu kaufen, so muß man dies um so mehr in der jetzigen Zeit tun. Jedenfalls werden die Weihnachtsgeschenke auf dem polnischen Tische angenehmer sein, wenn alle Geschenke und Naschwerke aus einem polnischen Geschäft und möglichst aus der polnischen Industrie herkommen. Möge uns am heiligen Abend nicht der Vorwurf treffen, daß wir auch etwas beim Polen kaufen konnten und es trotzdem beim Fremden erstanden haben. Denken wir bei den Weihnachtseinkäufen immer daran, damit wir uns nicht schämen brauchen, daß am Tage des Familienglücks auf dem Tische Geschenke liegen, welche für uns unsympathische Zeichen tragen, weil sie nicht aus unserem Handel und unserer Industrie herkommen.

Um alle noch mehr dazu anzuregen, die Weihnachtseinkäufe nur bei dem Landsmann zu besorgen, senden wir vor Weihnachten unserer Geistlichkeit und Landwirten diese, sowie die nächste Nummer des Kupiec in der Hoffnung unentgeltlich zu, daß die Führer unseres Volkes auf dasselbe erfolgreichen Einfluß ausüben werden, damit es besonders in dieser Zeit die Einkäufe bei dem Landsmann besorgt. In unserer Zeitung empfehlen sich dem Publikum die wichtigsten polnischen Firmen, welche sämtliche Einkaufswünsche befriedigen und in jeder Hinsicht den Fremden gleichstellen, oder sie noch übertreffen.

Wir bitten diejenigen, welche aus den Ankündigungen polnischer Firmen in unserer Zeitung Nutzen ziehen werden, ihnen mitzuteilen, daß sie die Firma aus dem Kupiec erfahren haben. Die Kaufleute und Gewerbetreibenden, welche in unserer Zeitung inserieren, sollen sich auf diese Weise überzeugen, daß jene Inserate von Erfolg sind und sie sollen zum Unterstützen des Fachblattes anregen.

Aus Nr. 12 des Zjednoczenie (Posen)
vom 3. Dezember 1911:

Posen.

Der Hauptvorstand des Vereins der Landwirtinnen hielt in Posen den angekündigten gemeinsamen Kursus am 20., 21. und 22. November d. J. für die Vereinsmitglieder im geschlossenen Kreise ab. In dem Kursus,

welcher mit einer heiligen Messe in der St. Josephskapelle begann, wurden folgende Referate gehalten: „Volksbelustigungen und ihre kulturelle Bedeutung.“ Referent Geistlicher Rektor Grzenda. „Die Frage der Hausdienstboten vom sozial-wirtschaftlichen Standpunkt aus.“ Referentin Frau A. Cegielska aus Wodok. „Wie soll man die Versammlungen leiten — Der innere Organismus der Vereine.“ Referent Kanonikus Lisiecki. „Die Frau in der Kunst.“ Referent Herr Dr. Kolszewski. „Wie soll man unsere Töchter zur sozialen Arbeit erziehen.“ Referentin Frau L. v. Turnow aus Slomowo, Vorsitzende des Landwirtinnenvereins. „Wie soll man in Gemeinschaft mit der Abstinenzbewegung wirken.“ Referent Propst Miesiowski aus Pleschen. „Über die Alters- und Invaliditätsversicherung.“ Referent Rechtsanwalt von Drwenski. „Die Hygiene auf dem Lande.“ Referent Herr Dr. Gantkowski. „Die Landwirtin und die Verbreitung des Sparsamkeitsfinnes.“ Referent Geistlicher Patron Adamski. „Über das Lesen.“ Referent Herr Dr. L. Mycielski aus Galowo. „Über die Arbeit auf dem Lande und über die bürgerlichen Pflichten.“ Dieses Referat aus der Feder der Gräfin Jazilia Plater, wurde durch die Gräfin Potocka aus Piontkowo in Westpreußen vorgelesen.

Wir werden die einzelnen Referate nicht bringen, weil sie binnen kurzen entweder ganz oder ihrem Inhalt nach auf Veranlassung der Veranstalter dieses Kurses veröffentlicht werden.

Dieser erste Kursus für die Landwirtinnen erfreute sich großer Sympathie und Anerkennung. Der beste Beweis dafür war die zahlreiche Zusammenkunft der Vereinsmitglieder und die fleißige Beteiligung bei den einzelnen Referaten. Man dankte auch sehr herzlich den Veranstaltern dieses Kurses und besonders der Gräfin Bninska, welche ganz allein die nicht leichte Arbeit der Veranstaltung dieses Kurses ausgeführt hat.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 144 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 2. Dezember 1911:

Heraus aus den Kriegervereinen!

In der offiziellen Zeitschrift des „Deutschen Kriegerbundes“, die Parole heißt, befindet sich ein Wahlaufdruck, der sehr interessant und belehrend ist. Der Schreiber dieses Aufrufs führt aus, daß die Unterstützung von Kandidaten, die nicht tüchtige deutsche Patrioten seien, sich mit dem Eide der „Krieger“ nicht vereinbare, und solche Kandidaten wären welfische, großpolnische und sozialdemokratische Kandidaten.

Der letzte Absatz des Aufrufs lautet folgendermaßen:

(Folgt der Wortlaut in polnischer Übersetzung.)

Diesem Aufruf des „Kriegerbundes“ rufen wir aus ganzem Herzen nicht nur ein „Bravo“, sondern sogar ein „Hurra“ zu! Denn wir können Wort für Wort die darin enthaltene Ansicht unterschreiben, daß, wer Pole ist, im Kriegerverein nichts zu suchen hat. Und wenn wir etwas zu erwähnen hätten, so wäre es nur das, daß der Aufruf nicht genaue Vorschriften darüber gibt, wie man jeden dummen Polen aus diesen „Vereinen“ herausjagen soll, der dort hingetroffen ist wie ein unvernünftiges Stück Vieh auf einen fremden Hof. Einem polnischen Krieger, dem dieser Wink mit dem Zaunpfahl nicht genügen sollte, müßte etwas mit der Hand und mit dem Fuße nachgeholfen werden.

Und nun einige Erinnerungen! Als seinerzeit die Gazeta Grudziadzka, die von derselben Voraussetzung ausging, wie heute der „Kriegerbund“, die Polen aufgefordert hat, aus den „Kriegervereinen“ auszutreten, hat man es ihr seitens dieses „Kriegerbundes“ sehr übel genommen, ja unser Verleger, Herr Kulerski, ist wegen des Artikels, der zum Austritt aus den „Kriegervereinen“ aufgefordert hat, sogar mit Gefängnis bestraft worden. Wir haben es damals so verstanden, und mit uns hat es jeder so verstanden, der seine fünf Sinne in Ordnung hatte, daß der „Kriegerbund“ Polen in seinen Reihen haben wolle. Und heute weist derselbe „Kriegerbund“ den selben Polen die Tür.

Wie sich das eine mit dem anderen verträgt, können wir nicht begreifen. Jedenfalls würden wir es für anständiger halten, wenn der Kriegerverein nicht Polen in seine Reihen lockte, wenn er sie nachher wieder hinauswirft.

Vielleicht haben wir aber diesen Gedanken des „Wahlaufdrucks“ schlecht verstanden. Vielleicht hat er einen ganz anderen Zweck, als man aus ihm herauslesen kann. Vielleicht soll diese Aufforderung, sich aus den „Kriegervereinen“ herauszuscheren, nicht wörtlich als ein Hinausbitten aufgefaßt werden, sondern nur als eine Drohung, um die polnischen „Kriegervereine“ von einer Stimmenabgabe für polnische Kandidaten abzuschrecken. Das wäre aber eine sehr deutliche Wahlagitation, und da die Kriegervereine als „unpolitisch“ anerkannt worden sind, dürfen sie sich als solche mit derartigen Sachen nicht befassen.

Daher wollen wir uns auch an den Sinn halten, den wir aus diesem Aufruf herausgelesen haben, und uns nicht in der Lösung der verborgenen Gedanken und Ziele verlieren, sondern mit dem Kriegerbunde rufen: wer ein Pole sein und seine polnische Pflicht erfüllen will, der darf keinen Augenblick mehr im „Kriegerverein“ bleiben. Zum Schluß aber fügen wir noch hinzu, daß ein Pole, der nach diesem deutlichen Austritt im „Kriegerverein“ verbleibt, für uns und für jeden echten Polen kein Pole mehr sein wird, denn im „Kriegerverein“ ist, wie der „Kriegerbund“ sehr richtig sagt, nur für preussische und deutsche Patrioten Platz.

Darum heraus aus den „Kriegervereinen“!

Aus Nr. 278 der „Gazeta Torunska“ (Thorn) vom 3. Dezember 1911:

Zu dem Wahlaufdruck des „Kriegerbundes“ in der Parole

schreibt die Gazeta Torunska u. a.:

Es wäre gut, wenn alle Polen, die in den Kriegervereinen noch verblieben sind, den letzten Ratsschlag des Vorstandes befolgen und aus diesen Vereinen austreten, denn dort ist kein Platz für sie. Denn wenn sie weiterhin in ihnen verbleiben und für Kandidaten stimmen, die der katholischen Kirche und der polnischen Nationalität feindlich gesinnt sind, beweisen sie, daß sie gewöhnliche Sklaven sind, die so stimmen, wie ihnen der Herr heißt, und nicht freie Bürger, die sich weder einen fremden Willen noch eine fremde Überzeugung aufdrängen lassen.

Aus Nr. 148 der „Gazeta Gdanska“ (Danzig) vom 12. Dezember 1911:

In der Wahlangelageheit in Kulm.

In Beantwortung der Korrespondenz des Herrn Dr. Krefft in der Beilage der Nr. 144 der Gazeta

Grudziadzka stelle ich hiermit fest, daß Herr Dr. Krefft aus Kulm nicht bestreitet, daß er

- 1) vor einem Jahre auf einer öffentlichen deutschen Versammlung den anwesenden Polen das Wort zu deutschen Ansprachen gegeben hat,
- 2) auf derselben Versammlung unter seiner Leitung der Bürgerverein gegründet worden ist, und er vornehmlich die anwesenden Polen aufgefordert hat, ihm beizutreten,
- 3) als Mitglied des polnischen Komitees in einer Sitzung auch deutsche Kandidaturen gefordert hat,
- 4) nach der Sitzung unseres Komitees an einer öffentlichen deutschen Versammlung teilgenommen hat,
- 5) gegen einen bekannten Polen Herrn Watke, der Jahrzehnte lang in der Stadtverordnetenversammlung und im Kirchenvorstande gewesen ist, mit Hilfe des Stockes (?) agitiert hat,
- 6) Herrn Calbecki aus Kulm bei den Wahlen in der Weise abgeredet hat, daß er behauptete, Herr Watke sei ein Deutscher,
- 7) politische Beziehungen zu den Anhängern des „Bürgervereins“, und insbesondere zu Herrn Dr. Schacht unterhalten hat,
- 8) Herrn A. Strehlau, einem bekannten Polen in Kulm zugeredet hat, vom polnischen Komitee keine Kandidatur anzunehmen,
- 9) hat Herr Dr. Krefft aber zugegeben, daß er die öffentliche deutsche Versammlung im Schützenhause selbst geleitet und zu den vorwiegend anwesenden Polen deutsch gesprochen hat. —

Der Schluß dieses mit „ein Wähler“ unterzeichneten Artikels ist belanglos.

Aus Nr. 147 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 9. Dezember 1911:

Sakatismus in der Kirche?

Für niemand, der die Verhältnisse in den Diözesen Kulm und Breslau einigermaßen kennt, ist es ein Geheimnis, welcher schwierigen Standpunkt dort ein polnischer Priester hat, wenn er nicht nur dem Namen nach, sondern von ganzem Herzen Pole ist.

In der Kulmer Diözese haben wir heute ergraute Kaplanen und Pfarradministratoren, welche sich schon längst mit dem Gedanken abgefunden haben, daß sie nie im Leben eine Pfarrei erhalten werden.

In der Breslauer Diözese fehlt es dagegen nicht an Geistlichen, die für das bloße Sichbekennen zur polnischen Nationalität in die brandenburgischen Sandwüsten verbannt wurden und dort viele Jahre verbrachten, indem sie Deutschen oder germanisierten Polen, die sich dorthin nur guter Stellen wegen begaben, Dienste taten.

Diese Verhältnisse, die durch ihre Ungerechtigkeit und Rücksichtslosigkeit zum Himmel um Rache schreien, wurden bisher immer als Druck der Regierung erklärt. Die geistlichen Behörden in Pöplin und Breslau sind angeblich sehr gerecht und unparteiisch, aber über ihren Häuptern schwebt ein Schwert, folglich müssen sie im Sinne der Regierung die Polen von besseren Stellen verdrängen und Deutsche vorschieben.

Und als unser braves polnisches Volk solche Klagen der geistlichen Behörden hörte, bedauerte es die harte Bedrückung der geistlichen Behörden in Pöplin und Breslau, daß sie nicht, wie sie es angeblich möchten, gerecht sein können — nun, und es sah ziemlich ruhig zu, wie nach rein polnischen Parochien deutsche Pfarrer geschickt wurden, die vielleicht nicht einmal das „Vater unser“ fehlerfrei zu beten verstanden.

Wiederholt sickerten in das Volk dumpfe Gerüchte

durch, daß diese geistlichen Behörden in Pöplin und Breslau den Druck der Regierung nicht gar so unangenehm empfinden, daß sie vielmehr sehr gern die Regierung darin unterstützen, die Kaplan- und besonders Pfarrstellen für wirkliche Polen zu verschließen, aber das Volk hat dem nicht Glauben geschenkt.

Und da kommt plötzlich aus Breslau die Nachricht, daß aus dem dortigen theologischen Konvikt ein Pole ausdrücklich deshalb entlassen wurde, weil er Pole war, und daß angekündigt wurde, jeder werde entlassen werden, der

1. öffentlich polnische Lieder singt,
2. zu politischen Zwecken ins Ausland reist,
3. polnische Stipendien bezieht,
4. Beziehungen zu polnischen Führern unterhält und das polnische Idiom zu sehr unterstreicht.

Das polnische Volk reißt die Augen auf, denn es mag nicht glauben, daß eine römisch-katholische geistliche Behörde einem Menschen das Priesterkleid vorenthält, welcher sich mit einer der vier Sachen befaßt, denn das Volk weiß nicht und hat nie gehört, daß auch die katholische Kirche

das öffentliche Singen polnischer Lieder, Ausflüge nach Krakau oder Warschau; die Annahme von Unterstützungen von katholischen Polen, Beziehungen zu guten Polen und die Anhänglichkeit an die polnische Nationalität

als Verbrechen ansähe.

Das polnische Volk wußte und weiß, daß Gendarmen und Polizisten alle diese Sachen für etwas Böses halten, obwohl auch sie dies amtlich nicht verbieten können, und hier straft jetzt die geistliche Behörde für diese Kundgebungen polnischen Geistes junge Polen, die sich für den geistlichen Stand vorbereiten, mit der Vorenthaltung des Priesterkleides! Dann muß dieses Volk auch zu der Überzeugung gelangen, daß die Leute, welche solche Urkase erlassen, mit Leib und Seele Sakatisten sind, und die geistliche Behörde, welche solche Leute auf den Posten von Erziehern und Lehrern künftiger Priester setzt, fühlt offenbar das Unrecht nicht, welches den zurückgesetzten polnischen Geistlichen und polnischen Parochianen zugefügt wird, sondern sie arbeitet der Regierung, welche möglichst rasch die polnischen Geistlichen ausrotten und das Deutschtum in unseren Kirchen einführen will, in die Hände.

Gewiß mögen sie in Breslau und Pöplin über die Erbitterung des polnischen Volkes spötteln, aber sie sollen sehen, daß sogar die Engelsgeduld des gläubigen polnischen Volkes ihre Grenzen hat. Dieses Volk weiß sehr gut, daß z. B. im Pöpliner Seminar deutsche Klöster waren und vielleicht gegenwärtig noch sind, welche zu sakatistischen Führern Beziehungen unterhielten und aus rein lutherischen, trüben Quellen Unterstützungen bezogen. Wenn nun die geistlichen Behörden in Pöplin und Breslau solche Leute des Priesterkleides für würdig halten und es den jungen Polen nur deswegen vor-enthalten wollen, weil sie rechte Polen sind, so kann das Volk außer einer Beschwerde in Rom gegen sie nichts weiter unternehmen. Dagegen kann dieses Volk auch seinerseits über die deutschen Geistlichen eine strenge Aufsicht führen und solchen, welche aus trüben lutherischen Quellen Unterstützungen bezogen haben, Beziehungen zu Sakatisten pflegten oder pflegen und überhaupt polenfeindliche Bestrebungen verraten, fühlen lassen, daß sie nur aufgenötigt und nicht erwünscht sind.

Hier hilft weder ein Staatsanwalt noch die Regierung noch auch das „dicke Fell“ der betreffenden Personen, denn mit dem Gesetze braucht man nicht in Konflikt zu geraten, wenn man solchen Herren zeigen will, daß in unseren Kirchen für Diener der Regierung und sakatistische Schoßkinder kein Platz ist.

Soviel für heute; später werden wir uns über diese Sache ausführlicher auslassen.

Aus Nr. 146 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 9. Dezember 1911:

Allenstein, den 7. Dezember 1911.

Von vielen Seiten Polens wünscht man uns einen Wahlsieg. Unser Sieg würde leicht sein, wenn unsere Leute sich zusammennehmen möchten. Man braucht nicht geräuschvoll und stolz aufzutreten, aber man muß auch ohne Furcht seine Pflicht erfüllen, d. h. die Stimme dem polnischen Kandidaten geben, sich dessen nicht rühmen, denn die Wahlen sind geheim — daher muß man auch geheim verfahren. Und das wird niemanden, auch den Beamten nicht schaden. Man hat unsere Kinder viel für das Polentum geschlagen, man hat viele unserer Leute dafür ungerecht verfolgt — jetzt ist die Zeit der Vergeltung gekommen. Doch gibt es unter uns solche, die die Pfoten, die sie schlagen, lecken, die unnötig vor ihren Feinden kriechen, anstatt ihnen ihr Unrecht verstehen zu geben.

Aus Nr. 148 der Gazeta Krotoszyńska (Krotoschin)
vom 10. Dezember 1911:

Helft uns Stammesbrüder!

Ein dringendes Bedürfnis und die harte Notwendigkeit zwingen uns, uns an euch mit der herzlichen Bitte um Hilfe zu wenden.

In keiner Stadt Westpreußens existiert eine solche Gefahr der Germanisierung der polnischen Bevölkerung wie gerade in Dirschau. Vielen älteren Leuten und hunderten der polnischen Jugend droht die Entnationalisierung. Dieses geistige Elend ist hundertmal schlimmer als das leibliche Elend. Ein steinernes Herz würde derjenige besitzen, der sich dieses Elends nicht annähme und auf Abhilfe sänne.

Was für eine Hilfe ist denn notwendig?

Wir müssen ein eigenes Haus bauen, um Lokale für die Bibliothek, für Vereinsversammlungen, öffentliche Versammlungen, für Volkstheater und zur Veranstaltung des Weihnachtsfestes zu haben.

Das ist uns ebenso notwendig wie dem Bettler ein Stück Brot.

Das gegenwärtig gemietete Lokal ist gänzlich unzureichend und ein anderes Lokal kann man nicht bekommen; ja sogar im St. Josefs-Hause, das von Deutschkatholiken mit Hilfe des polnischen Geldes erbaut worden ist, gilt es für das polnische Wort keine Gaststätte. Daher haben wir schon vor zwei Jahren Beiträge gesammelt, welche mehrere hundert Mark betragen haben und die wir in der Sparkasse angelegt haben. Aber was machen mehrere hundert Mark aus! Wir brauchen viele Tausende von Mark! Und wir hoffen, daß wir sie langsam zusammenbringen werden.

Es schien fast, daß in Dirschau alles für uns verloren ist. Die Feinde fangen uns schon den Grabesang! Doch heute schweigen sie beschämt, denn sie sehen, daß wir leben und leben werden. Willige Leute aus Stadt und Land haben sich an die Arbeit zur Hebung unserer Nationalität gemacht und in schwerer Mühseligkeit keinen geringen Einfluß und keine geringe Bedeutung des Polentums erkämpft.

Was möglich war, haben wir getan — und jetzt bitten wir die lieben Stammesbrüder von fern und nah um die Mittel zur weiteren Arbeit, denn aus

eigenen Kräften können wir dieses uns so notwendige Haus nicht erbauen.

Möge die Gesamtheit davon überzeugt sein, daß der zu solch hohen Zielen geschenkte Groschen segensreiche Früchte tragen wird.

Das Baukomitee des „Katholischen Hauses“ in Dirschau.

Geistlicher Alfons Mankowski, Vorsitzender und Schatzmeister, Zlotowo bei Löbau Westpr. Johann Trzysiek, Brzusce. Edmund Kleina, Subkowy. Miezislaus Strojny, Dirschau. Leo Murawski, Subkowy. Anton Galla, Subkowy. Josef Grabowski, Dirschau-Land. Johann Netkowski, Dirschau.

Geistlicher Mankowski nimmt die Beiträge entgegen und quittiert über den Empfang derselben öffentlich in Zeitungen.

Aus Nr. 23 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 1. Dezember 1911:

Allenstein als neuer Platz der Vereinigung junger Kaufleute an der ostpreussischen Grenze.

Dank den Bemühungen des Kollegen Valerian Czajkowski, wurde der schon allerdings bestehende aber noch garnicht in Tätigkeit getretene Verein junger Kaufleute ins Leben gerufen.

In der am 21. November abgehaltenen Versammlung wurden in den Vorstand Kollege Valerian Czajkowski als Vorsitzender, Viktor Chroscinski als Schriftführer und Severin Pienienzny als Kassierer gewählt. Es sind sofort 8 Mitglieder beigetreten. Wir hoffen, daß der Verein sich günstig entwickeln und unter der Fahne der Vereinigung immer mehr Mitglieder für die gemeinsame Arbeit im eigenen Interesse, vereinen wird.

Aus der Provinz Schlesien.

Aus Nr. 280 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 6. Dezember.

Die politische Lage.

Der Wahltermin nähert sich raschen Schritts. Der 12. Januar steht vor der Tür. Die Feinde des polnischen Volks ordnen ihre Reihen, und obgleich sie in verschiedene Uniformen gekleidet sind, schließen sie Bündnisse gegen das polnische Volk. Fast überall bilden die Deutschen ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit ein einziges festes Lager gegen das polnische Volk. Die Bemühungen des Oppelner Regierungspräsidenten zeitigen die erwünschte Erfolge. In Kreuzburg-Rosenberg halten die Zentrumsleute das Kompromiß mit den Katatischen und Konservativen gegen das polnische Volk weiter aufrecht. Im Wahlkreis Oppeln sind die Zentrumsleute mit wehenden Fahnen in das katatische Lager übergegangen, und die katatische und Zentrums Presse heult vor Freude über die Einigkeit der Deutschen. Im Wahlkreis Kosel-Groß-Strehlitz steht das gleiche bevor, und die Zentrumsblätter treten tatkräftig für die Bildung eines solchen polenfeindlichen Blocks ein. Im Industriebezirk machen sie Anstrengungen dieses selbe Ziel zu erreichen, ein einheitliches deutsches Lager zu schaffen und dem polnischen Volke seine schwer eroberten Mandate abzunehmen.

Bergegenwärtigen wir uns, daß alle unsere Mandate in Oberschlesien mit Ausnahme im Wahlkreis Pleß-Rybnik mit

einer sehr geringen Stimmenmehrheit erobert worden waren, denn überall vereinigte der polnische Kandidat nur etwas über die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich. In anbetracht dessen gingen wir von der Voraussetzung aus, daß uns im polnischen Lager vor allen Eintracht, Friede und Einigkeit not tun, durch die wir uns einen Sieg davontragen können. Eintracht und Einigkeit taten uns umso mehr not, als die polenfeindliche Politik gegenwärtig eine gewisse Krisis durchmacht. Der Chauvinismus und Hafatismus werden der Regierung unbequem, die gleiche Ansicht tritt in den starken und großen deutschen Parteien im Reichstag, wie im Landtag in die Erscheinung. Die Aldeutschen und Hafatisten bieten also alle Kräfte auf, um bei den Wahlen zu beweisen, daß die von ihnen empfohlene Politik die von den Deutschen erwünschten Früchte und eine Stärkung des Deutschtums zeitigt. Ein bedeutender Zuwachs der deutschen Stimmen oder der Gewinn polnischer Mandate durch die Chauvinisten und Hafatisten würde ein Beweis sein, daß die hafatistische Politik die erwünschten Früchte zeitigt, daß es geboten ist, sie unverändert und weiter fortzusetzen, wenn nicht noch zu verschärfen.

Außerdem mußten wir als Kenner der politischen Lage in Berlin darauf bedacht sein, daß die Zusammensetzung der künftigen polnischen Fraktion dementsprechend wäre, denn es rücken schwere und verantwortungsvolle Zeiten an. Diese Sorge um die zukünftige Zusammensetzung der polnischen Fraktion mußte um so größer sein mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Hälfte unserer bisherigen Abgeordneten, darunter die erprobtesten, arbeitssamsten und beredtesten Männer in Zukunft ein Mandat nicht mehr auszuüben gedenken.

Angesichts dessen mußte es ein gewissenhafter Politiker als seine Pflicht ansehen, unsere Kandidaten so auszuwählen, daß sie durch ihre Intelligenz, ihre Kenntnis der Verhältnisse und durch ihr Wissen den ihrer wartenden schwierigen Aufgaben gewachsen wären. Kandidaturen von Männern, die kaum in einer Pfarodie bekannt sind, Kandidaturen von Männern die den schwierigen Aufgaben nicht gewachsen sein können, konnten und durften nicht in Frage kommen. Frei und offen bekämpften wir manchmal im Einverständnis mit maßgebenden Personen verschiedene Kandidaturen, die wir aus diesen oder jenen Gründen für unglücklich hielten, und unterstützten wir die Kandidaturen solcher Männer, von denen wir wissen, daß sie mit unseren Anschauungen nicht ganz übereinstimmen. Zum Troß taten wir nichts, sondern ausschließlich und nur zum Wohle der Sache, denn auf uns ruht eine größere Verantwortung, als auf irgend einen andern. Und dieser Verantwortung waren wir uns bei allen unsern Schritten und Handlungen pflichtgemäß bewußt.

Daß unsere Arbeit den Hafatisten und Zentrumsleuten nicht gefällt, wird niemanden wundernehmen. Vielmehr ist es ganz natürlich, daß sie uns desto mehr bekämpften und angriffen. Daß uns die im deutschen Solde stehenden Herren Biniżkiewicz und Konsorten schmähen, wird auch der Einäugigste verstehen. Können sie doch nicht anders handeln. Alle Mißerfolge der Sozialdemokraten in Oberschlesien erklären sich daraus, daß wir diese Feinde der polnischen Nation, der hl. Kirche und diese Schädlinge für die Arbeitersache unaufhörlich in Wort und Schrift bekämpfen. Hunderttausende von Mark haben die roten Hafatisten zum Einfangen unseres Volkes schon verausgabt, aber nicht viel erreicht. In letzter Zeit fing die sozialdemokratische Bewegung an zurückzugehen, obgleich sie mit verdoppelten Kräften agitierten. Mit Verleumdungen gegen die polnische Fraktion, mit Schmähungen gegen

unsere Abgeordnete streckt Herr Biniżkiewicz die Hand aus, aber wir können es ihm voraussagen, daß, wie sein Vorgänger, so auch er ewig nur Kandidat sein wird.

Die traurigste Erscheinung aber ist, daß sich in unserem eigenen polnischen Lager eine Handvoll von Störenfrieden gesunden hat, die im polnischen Lager Zwietracht säen und Verwirrung anrichten. Diese Leute, die keinen Funken Verantwortungsgefühl haben, wenden aus Parteilichkeit alle Mittel an, um die politischen Gegner zu unterdrücken und ihren Willen durchzusetzen, ohne zu fragen, welche Folgen dies für die Sache haben wird. Wenn diese Menschen wenigstens noch irgend ein politisches Programm, irgend ein Ziel hätten, daß sie von den übrigen Polen unterschiede. Nein! Die Ideale, die jedem Polen teuer und heilig sind, haben sie als ihr Programm, sich selbst aber als die „echtesten Polen“ und wahren Freunde des Volks ausposaunt. Sie unterscheiden sich von der übrigen Volksversammlung nur dadurch, daß sie Wege gehen, die andere niemals gehen werden, daß sie im Kampfe Mittel und Wege benützen, die jeder anständige Mensch verachtet. Denjenigen, die ihre Wege nicht gehen wollen, die ihre Kampfmittel als schädlich verurteilen, sprechen sie Ehre und Glauben ab, und sie behelligen nicht nur diese, sondern auch Mitglieder ihrer Familien. Mit Schweigen und Verachtung übergehen wir persönlichen Angriffe, denn dieses politische Banditentum wird sich selbst strafen, und diese Strafe wird das Volk vollziehen, welches über diese Individuen im höchsten Grade erbittert und entrüstet ist.

Aber die politische Händelsucht der Herren Nationaldemokraten können wir nicht übergehen. In Wort und Schrift verleumdete sie uns bei dem Volke als Versöhnungsparteiler und Konservative, ja, nach dem Beispiel der Sozialdemokraten schmähen sie unsere verdienstlichsten Männer als Handlanger der Schlachta. Unser Standpunkt in dieser Angelegenheit ist bekannt. Wenn ein Edelmann ein ordentlicher Mensch, ein guter Pole und Katholik ist, das Volk wacker verteidigt, so ist er uns ebenso lieb, wie jeder andere. Einen solchen Standpunkt nehmen wir zu den anderen Ständen in unserer Volksversammlung ein. Aber diese von den Nationaldemokraten in Oberschlesien betriebene Klassenverhetzung ist der Verurteilung desto mehr würdig, als diese selben Menschen sich nicht schämen, von dieser selben Schlachta Geld zur Herausgabe ihres Kattowitzer Blättchens zu nehmen.

Sie nennen uns Versöhnungsparteiler. Wir betreiben keine Versöhnungspolitik, aber die Herren Nationaldemokraten gehen dort, wo sie am stärksten sind, im Posenschen, Kompromisse und Vereinbarungen mit denen ein, die sie Versöhnungsparteiler und Konservative nennen. Im Posenschen teilen sie sich mit diesen „Versöhnungsparteilern“ in die Mandate und unterstützen die Versöhnungsparteiler als Abgeordneten-kandidaten. Mit dem hier in Schlesien verhafteten Posener Kasino, das sie in ihrem schlesischen Blättchen erst unlängst als Brutstätte der Versöhnung und alles Bösen hinstellten, leben sie in herzlichstem Einvernehmen und machen mit ihm Politik. Ist angesichts dessen das Vorgehen der Nationaldemokraten in Schlesien nicht eine ganz gewöhnliche Schmähung des Volkes und ihr Kampf gegen uns nicht so unehrlich, wie ihn die Welt noch nicht sah?

In Schlesien bereisen die Nationaldemokraten die Dörfer und sagen dem Volke, wir seien Anhänger der Bölle und wollten noch höhere Steuern! Kein Wort ist davon wahr. Aber warum sagen denn die Nationaldemokraten dem Volke nicht, daß gerade die nationaldemokratischen Abgeordneten s. Bt. im Reichstage die eifrigsten Verfechter der Finanzreform waren, daß der

Nationaldemokrat Seyda hauptsächlich dazu beigetragen hat, daß die polnische Fraktion für die Finanzreform gestimmt hatte? Im Posenen haben sich die Nationaldemokraten für die gegenwärtig bestehenden Zölle erklärt, sie sind also Anhänger der Zölle; unter dieser Bedingung haben ihre Kandidaten die Unterstützung der Landwirte gewonnen.

Bei uns spielen sich die Nationaldemokraten als erklärte Gegner der Zölle auf und werfen uns das vor, was sie selbst tun.

Fürwahr, eine ärgere, rückständigere Demagogie hat die Welt noch nicht gesehen. Das Maß der Geduld des Volkes ist schon übergelaufen. Das Volk sieht ein, versteht, wie schändlich man es zu betrügen versucht, und die falschen Demokraten treibt man aus vielen Dörfern hinaus, wenn sie mit ihren Neuigkeiten kommen. Ein anderes Ende konnte diese „Politik“ nicht nehmen. Wer sich als Demokraten ausgibt und anderen dies als schwere Sünde anrechnet, der war nie Demokrat, höchstens ein Talmidemokrat. Talmidemokraten brauchen wir in Oberschlesien nicht. Wir brauchen Leute vom Fleisch und Blut des polnischen Volkes, wahre Rationale und echte Volksfreunde und dabei besonnene Männer, die nötigenfalls dreist aufzutreten verstehen. Diese haben wir ohne Zahl auf unserer Seite, denn wir haben stets für das Volk gearbeitet, und zwar nicht von heute oder gestern, sondern seit sehr vielen Jahren.

Es ist die höchste Zeit, daß im polnischen Lager Friede und Einigkeit eintritt, denn der Feind dringt gewaltsam auf das polnische Volk ein. Wir erklären, daß wir im Parteikampf die größte Rührigkeit bewahren werden, weil dies das Wohl der Sache erheischt. Wer diesen Frieden nicht will, wer die Einigkeit stört, der will offenbar den Feinden des polnischen Volkes dienen und ihnen den Kampf erleichtern.

Aus Nr. 252 der Gazeta Ludowa (Katowitz)
vom 14. Dezember 1911:

Der Wahlkreis Pleß-Rybnik und die Kandidatur des Grafen Mielzynski.

Im Wahlkreis Pleß-Rybnik hat sich unsere öffentliche Meinung vollständig zerplütert. Und doch standen schon Friede und Eintracht in Aussicht. Das Pleßer Wahlkomitee, dem man Sympathie für unsere Richtung nicht zuschreiben kann, machte zuerst einen Vorschlag, dem das Rybniker Komitee seine Zustimmung gab, und auf diese Weise beschlossen beide Komitees, den Wählern folgende Kandidatenliste vorzuschlagen: 1. Kaplan Pospiech, 2. Dr. Hager.

Indes beschloß der Redakteur des Katolik „zum Troß“, in diesem Wahlkreis eine Verwirrung hervorzurufen und die beiden Kandidaten als im Sinne des Katolik „nicht rechtmäßige“ zu beseitigen. Durch die Ausflucht, daß angeblich dem Abgeordneten Pfarrer Wajda ein Unrecht geschehe, wurden die Wähler in der ersten Versammlung zu Siegfriedsdorf im Kreise Rybnik irreführt. Es wurde ihnen folgende Liste aufgetischt: 1. Pfarrer Wajda, 2. Dr. Rozanski, 3. Jarzecki. Man wußte sehr gut, daß Pfarrer Wajda im Wahlkreis Kosel-Groß Strehlitz kandidieren werde. Dem Katolik-Lager handelte es sich aber um etwas anderes, darum nämlich, Kaplan Pospiech und Dr. Hager von der Liste abzusetzen.

Das Rybniker Komitee versammelte sich noch einmal und beschloß, um seinen guten Willen gegenüber der Kandidatur des Pfarrers Wajda an den Tag zu legen, diese Liste den weiteren Versammlungen an erster

Stelle zu empfehlen — allerdings nur der Form wegen. Das Komitee nahm von der Kandidatur des Kaplans Pospiech Abstand, weil dieser unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu kandidieren beabsichtigt, und stellte an zweiter Stelle Dr. Hager, an dritter Jarzecki auf. Diese Liste nahm eine Versammlung in Unter-Marklowitz einstimmig an.

So sieht es im Kreise Rybnik aus. Das Rybniker Komitee hält sich daher in den Grenzen der Möglichkeit dessen, was es von vornherein im Einvernehmen mit dem Pleßer Komitee beschlossen hat. Was geschieht aber im Kreise Pleß? Unter dem Einfluß des Katholik-Lagers wurde ohne weiteres die ursprüngliche Liste fallen gelassen und plötzlich folgende Liste vorgelegt: 1. Graf Mielzynski, 2. Wiera, 3. Dr. Hager. Diese Liste nahm eine Wählerversammlung in Kostuchna an.

Was soll man von der Kandidatur des Grafen Mielzynski im Wahlkreis Pleß-Rybnik denken? Diese Angelegenheit verlangt eine ausführlichere Besprechung.

Zunächst muß die Legende zerstreut werden, daß die Kandidatur des Grafen Mielzynski von Bauernkreisen gefordert worden sei. Daß einige Wirte bei Herrn Wiera waren, glauben wir; aber was war vorher bei diesen Wirten? Sollen diese Wirte mir nichts, dir nichts den Wunsch der Kandidatur des Grafen Mielzynski, der doch in seinem bisherigen Wahlkreis im Großherzogtum kandidiert, empfunden haben? Wer soll dies glauben?

Und ferner noch etwas über die Rede, die Graf Mielzynski in der Versammlung zu Kostuchna hielt. Graf Mielzynski suchte zu bestreiten, was er im Reichstage vom „Stehen vor den Toren der Regierung“ und vom „Warten“ an diesen Toren — natürlich auf eine gnädigere Haltung der Regierung — gesagt hatte. Wer soll dieses Ableugnen glauben? Möge Graf Mielzynski zunächst die amtlichen stenographischen Aufzeichnungen aus der Welt schaffen, möge er das Berliner polnische Preßbureau in die Luft sprengen, welches an die polnischen Zeitungen den Bericht über das damalige fatale Auftreten des Grafen Mielzynski versandt hatte. Der Parteilichkeit kann man doch wohl dieses Bureau nicht zeihen, denn es wurde von dem Abgeordneten Rapierski, dem politischen Freunde des Grafen Mielzynski, gegründet. Auch das Stenographische Amt des Reichstags wird doch wohl ebenfalls niemand der Parteilichkeit beschuldigen. Wir haben es einfach mit einer ganz gewöhnlichen Ausflucht dessen zu tun, der „vor den Toren der Regierung gestanden hat“.

Graf Mielzynski beruft sich auf die polnische Fraktion, daß diese mit seinen Ausführungen einverstanden gewesen sei. Damit treibt er mit der Fraktion und der Volksversammlung schon ein wahres Spiel. Die erwähnte, wie auch manche andere Rede des Grafen Mielzynski hat in Abgeordnetenkreisen einen großen Sturm hervorgerufen. Mit dem Grafen Mielzynski verhält es sich gewöhnlich so, daß er der Fraktion seine Reden in allgemeinen Umrissen vorzulegen pflegt, später aber fügt er unter der Adresse der Regierung und der Regierungsparteien Wendungen hinzu, über die sich die Abgeordneten in ihrer Mehrheit entrüsten. Wie viele unangenehme Vorfälle gab es in der Fraktion infolgedessen schon! Und Graf Mielzynski beruft sich noch auf die Meinung der Fraktion!!

Mit den Überzeugungen des Grafen Mielzynski verhält es sich so, wie mit einer Wetterfahne, denn Graf Mielzynski läßt sich nicht von Grundsätzen, sondern vor allem vom Ehrgeiz reizen. Um den Ehrgeiz zu befriedigen, tut er viel, sehr viel. Von den „Überzeugungen“ des Grafen Mielzynski zeugt am besten das, daß er einst der „rote Graf“ war und in den Reihen der national-demokratischen oder völkischen Bewegung stand, jetzt aber seine Kandidatur bei

dem . . . konservativen Bürgerkasino in Posen angemeldet hat.

So haben denn auch keine ernstesten politischen Kreise zum Grafen Mielzynski Vertrauen, sie sehen nämlich in ihm einen ehrgeizigen politischen Spieler, der — je nachdem, was der Augenblick heischt — sich von einem Extrem ins andere stürzt. In der Politik kann man nur auf die Stetigkeit der Grundsätze und auf den politischen Charakter bauen. Wer diese nicht besitzt, vor dem sehen sich alle ernstesten politischen Richtungen vor. So haben sogar die Konservativen im Großherzogtum, bei denen sich Graf Mielzynski gemeldet hat, zu ihm nicht das geringste Vertrauen.

Wenn sich die Wähler des Kreises Pleß in der Versammlung zu Kastuchna unter dem Einfluß des Katholiklagers für die Kandidatur des Grafen Mielzynski erklärt haben, so geschah dies sicherlich deshalb, weil sie seine Vergangenheit, seinen Übertritt vom Radikalismus zur ausgesprochenen Versöhnungspolitik nicht kennen. Die Kandidatur des Grafen Mielzynski im Kreise Pleß halten wir für schädlich. In der nächsten Nummer werden wir zeigen, daß die Aufstellung dieser Kandidatur im Kreise Pleß mit Rücksicht auf den gefährdeten Wahlkreis des Grafen Mielzynski im Großherzogtum geradezu eine unpatriotische Tat ist.

Aus Nr. 284 des Kurier Slaski (Zabrze)
vom 12. Dezember 1911:

Timeo Danaos et dona ferentes.

Einen „Kampf um die Seele“ nannte ein Geistlicher in Nr. 260 unseres Blattes den Kampf der schlesischen Zentrumsleute gegen uns Polen. Eine sehr treffende Bezeichnung. Ich möchte über das Verhalten des Zentrums auch eine der preussischen Regierung zur Zersplitterung der Katholiken gewährte Hilfe nennen.

Die preussische Regierung ist listig, davon zeugt ihre ganze Geschichte. In Nr. 279 unseres Blattes ergänzt der Verfasser seinen ersten Artikel, indem er die witzige Bemerkung hinzufügt, daß diese Regierung mittelst „Ruten und Zucker“ einen großen Teil der Zentrumsleute von den Grundsätzen Windhorsts schon abzubringen verstanden habe, so daß sie heute ein gefügiges Werkzeug in ihrer Hand sind. Gerade durch diese Beweisführung hat der Verfasser auf die große Gefahr hingewiesen, die für unseren katholischen Glauben durch die hinterlistige Arbeit der Regierungsanhänger und durch die diesen von den Zentrumsleuten darin geleistete Hilfe entstehen kann. Die schlesischen Zentrumsleute haben sich durch ihre Politik des häßlichen Utilitarismus unwillkürlich auf den Standpunkt der deutschen Philosophie von der Staatsomnipotenz gestellt, die da sagt, „der Staat sei ein wirklicher Gott, im Staate gehe alles auf, dem Staate müsse die Familie, die Volksgesamtheit und die Kirche untertan sein, wie ihm der einzelne Mensch untertan sei; in seinen Rechtsnormen und Gesetzen komme das öffentliche Gewissen zum Ausdruck, weshalb er das Gewissen in seiner wirklichen Form (d. i. des einzelnen Menschen) nicht anerkennen könne; da ferner der Staat der Vertreter der Wissenschaft und die Kirche die Vertreterin des Glaubens sei, der sich der Wissenschaft unterordnen müsse, so dürfe man sich im Falle eines Konflikts dem Staate als dem Höherstehenden nicht widersetzen, selbst wenn seine Rechtsnormen und Gesetze das Gewissen des einzelnen Menschen verletzen würden.“ Das sind ungefähr die fundamentalen Grundsätze der „Staatsphilosophie“, die für die preussische Regierung maßgebend und sehr bequem

sind. Sie führen nämlich zur Verwirklichung ihrer Ideale, d. h. zur Verstaatlichung der Erziehung, der Wissenschaft, des Gewissens, der Religion usw. Zum großen Teil sehen wir diese Grundsätze schon in die Tat umgesetzt. Darin waren die Zentrumsleute dank ihrer Politik des erwähnten Utilitarismus der Regierung durch fortwährendes Nachgeben und durch verschiedene Schachereien behilflich. Es würde uns zu weit führen, wenn wir an Einzelfällen die Richtigkeit dieser Worte nachweisen wollten. Es ist Tatsache, daß die Zentrumsleute Grundsätze, die sie vielleicht noch vor 20 Jahren als moralisch verteidigten und die vom allgemeinen Standpunkt der katholischen Kirche wirklich gesund sind, heute der preussischen Regierung zuliebe preisgegeben haben.

Tatsächlich hat dieses weittragende Recht der Protestantismus, der allein nicht bestehen kann und darum sich auf die Regierung stützen muß, der Regierung eingeräumt. Andererseits nahm die Regierung im eigenen Interesse und zu dem Zwecke, diese für sie so nützliche Religion zu erhalten, gerade den Protestantismus in ihre Obhut. Die Folge hiervon aber war, daß diese Regierung von Anfang an bis zum gegenwärtigen Augenblick den katholischen Glauben hintangesetzt hat und hintansetzt. Die Regierungsfreunde müssen diesen Glauben hassen, weil er sich ihren nicht lobenswerten Grundsätzen widersetzt und widersetzen muß. Der unlängst herausgegebene erste Band des Werks „Kißling, Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reich“ belehrt uns von der ersten bis letzten Seite gründlich, wie die preussische Regierung ihre Mission in der Fürsorge für den Protestantismus erblickt hat, wie ihr Kampf hauptsächlich gegen unsere katholische Kirche gerichtet war und gerichtet ist. Wenn nur die schlesischen Zentrumsleute dieses Buch mit großer Aufmerksamkeit lesen und die entsprechenden Schlüsse ziehen wollten! Nach diesem Buche verhalten sich die katholische Kirche und die preussische Regierung in ihren Grundsätzen zu einander, wie Feuer und Wasser. Die preussische Kirche führte gegen unsere Kirche bald einen offenen bald einen versteckten Kampf. Die Regierung verhielt sich allen Zwistigkeiten und im Schoße unserer Kirche gegenüber wohlwollend. Wenn wir die letzten Zeiten überblicken, sehen wir, daß die Häresie Ronges und Czerskis bei ihr Hilfe fand, König Wilhelm I die Aufgabe des Hermesianismus darin erblickte, daß er ein Überleiter der Katholiken zum Protestantismus werden sollte, von der offenen Beschützung des „Altkatholizismus“ und des Staatskatholizismus schon gar nicht zu reden. So scheint mir die preussische Regierung auch im gegenwärtigen Zeitpunkt den Zentrumsleuten nicht deshalb wohlzuwollen, weil sie Katholiken sind, sondern zu dem Zwecke, die Katholiken überhaupt zu entzweien. Was ihr während des letzten Kulturkampfes nicht gelungen ist, d. h. durch Entzweigung der Katholiken die Kirche zu schwächen, das versucht sie jetzt, und allem Anschein nach mit besserem Erfolge. Das ist einfach eine strategische List. Und die Zentrumsleute sehen dies nicht? Jedenfalls wird die Regierung, wenn sich die Katholiken nicht besinnen dadurch etwas gewinnen, wie uns die Geschichte lehrt; wir Katholiken aber werden verlieren.

Führen wir ein Beispiel aus der jüngsten Zeit, aus dem politischen Leben in Oberschlesien an.

Im Wahlkreise Oppeln besaßen die Katholiken bis jetzt alle drei Mandate, ein Reichstags- und zwei Landtagsmandate. Jetzt bekundet die Regierung eine große Liebe zu den katholischen Deutschen und will ihnen zur Eroberung eines Reichstagsmandates verhelfen. Fragen wir uns: Cui bono? Wer wird davon den Gewinn, wer den Verlust haben? Wir

wissen, daß die preußische Regierung nicht so freigebig und großmütig ist, daß sie für die Katholiken etwas umsonst und selbstlos täte. Die Meißner Zeitung schrieb, die Zentrumsleute im Wahlkreise Oppeln hätten so handeln müssen, daß sie ein Kompromiß mit den Regierungsanhängern eingingen, weil sie von den Polen statt eines Dankes einen „Fußtritt“ erhalten hätten.

Ich sage: Das ist kein Grund, die Grundsätze zu opfern! Dies beweist uns gerade nur das, daß sich die Zentrumsleute von der „Philosophie“ des für unsere katholische Kirche verderblichen Militarismus haben durchdringen lassen. Hat denn der Katholizismus, wenn dem auch so wäre, daß sie einen Fußtritt erhalten hätten, dadurch irgend welchen Schaden gehabt? Andererseits seid ihr Oppelner Herren vom Zentrum dessen gewiß, daß euch die Regierung, wenn die Zeit kommt, sowieso einen Fußtritt versetzen wird, und zwar wird sie euch einen ordentlichen Fußtritt versetzen, wie sie es euch schon oft getan hat.

Und wird dies für unseren gemeinsamen Glauben ohne Schaden abgehen? Darin besteht der Unterschied!

Man kann sagen, daß die Sache der Regierung zum Teil schon jetzt gelungen ist, denn es ist gerade die Frucht ihrer Arbeit, daß ihr Zentrumsleute selbst in zwei Lager gespalten seid: in das Lager der Laien, das sich aus Beamten, Lehrern und „Auchkatholiken“ zusammensetzt, und in das Lager der Zentrumsgeistlichen, das die Massen des polnische Zeitungen nicht lesenden Volkes umfaßt. Eure Niederlage ist schon jetzt augenscheinlich, denn es ist gewiß, daß im Oppelner Wahlkreise das von der Regierung geleitete Lager der Laien gesiegt hat. Hat es doch nichts zu sagen, daß Pfarrer Sonneck als Kandidat aufgestellt wurde. Nicht aus Liebe zu den Katholiken und insbesondere nicht aus Liebe zum Pfarrer Sonneck gestattete man, diese Kandidatur aufzustellen, sondern dazu, um die Unaufgeklärten desto besser zu täuschen. Pfarrer Sonneck ist nur ein Figurant, und trotzdem ist er, wie befürchtet, schon jetzt der Unnade des Regierungspräsidenten v. Schwerin gewiß, wenn er bei der Wahl durchfällt.

Jedenfalls zielt die Regierung, ob wir die Sache so oder so auffassen, — mit ihrer Politik dahin, der katholischen Sache irgend einen Schaden zuzufügen. Von einer Liebe zu den Katholiken, ob Deutschen oder Polen, kann keine Rede sein. Lest das erwähnte Werk Rißlings!

Wir sehen weiter, daß dies, wenn auch die Zentrumsleute durch ihr Nachgeben und ihre Schacherei vorläufig etwas gewinnen werden, zum Schaden der katholischen Sache auslaufen wird. Möchte man es bei zukünftigen Kulturkämpfen nicht bedauern, wenn sich die Verhältnisse so gestalten werden, wie in Frankreich, Portugal usw.

Wir sehen, daß der augenblickliche Gewinn der Zentrumsleute nicht soviel bedeutet, wie der Schaden, der für die katholische Sache daraus entspringt. Ist doch gewöhnlich dieser größer. Die Politik des gewissenlosen Utilitarismus, welche die fundamentalen Grundsätze der Moral erschüttert, kann nicht gut sein und muß insbesondere uns Katholiken großen Schaden zufügen. Und darum warne ich die Zentrumsleute laut, eingedenk zu sein des Spruches:

Quidquid id est, timeo
Danaos et dona ferentes.

Hyazinth.

(Zu dem Briefe des geehrten Verfassers fügen wir nur hinzu, daß es schon soweit gekommen ist, daß in der Schles. Volkszeitung ein „Kenner der Verhältnisse“ jagt:

Der Geistlichkeit bleibt nichts, anderes übrig, als sich von der Politik zurückzuziehen! — Die Red.)

Aus Nr. 249 der Gazeta Ludowa (Rattowik)
vom 10. Dezember 1911:

Wie lange noch . . . ?

Seiner Zeit ermunterten wir unsere Geistlichen sich zu organisieren, nicht so sehr zur Verteidigung der materiellen Angelegenheiten, als vielmehr zur Verteidigung unserer idealen Güter, unserer teuersten Schätze. Obwohl wir viele, sonst tüchtige Geistliche haben, so gehen sie in dieser Beziehung merkwürdig ratlos, nicht so tatkräftig vor, wie man dies im Interesse unserer, polnischen Sache wünschen müßte.

Ist es denn für uns nicht eine große Kränkung, daß irgend ein fremder Eindringling aus dem theologischen Konvikt unsere Studenten nur deshalb hinauswirft, weil sie Polen sind, und daß er dies ohne einen Einspruch von seiten der polnischen Geistlichen tut?

Hätte er es „gewagt“, eine so „patriotische“ (lies: „preußische“) Tat zu vollbringen, wenn eine Organisation der Geistlichen bestände, die sich, ihre Würde und ihre zukünftigen Mitbrüder verteidigen würde?

Was wurde unsererseits getan, als das Verbot erging, welches den Studenten den Aufenthalt in polnischen Pfarrhäusern verbietet? — Nichts! — Was wurde für diesen aus dem Breslauer Seminar relegierten armen Kerl getan? Nichts, absolut nichts!

Wir achten uns selbst nicht, und so ist es kein Wunder, daß uns sogar Fremde, uns feindlich gesinnte Eindringlinge nicht achten. Was für eine unerhörte Nachsichtigkeit von polnischer Seite ist es überhaupt, daß nicht dagegen Einspruch erhoben wurde, daß ein fremder Eindringling, der sich in unserer Diözese durch nichts, höchstens durch seinen Dienst um den Herrn Kardinal ausgezeichnet hat, daß dieser die ganze Erziehung des zukünftigen Geistlichen der Breslauer Diözese in seiner Hand hat. Unser Schlendrian wird noch dahin führen, daß wir zufrieden sein werden, wenn man uns in Zukunft beim untersten Dienst wird berücksichtigen wollen. Der verstorbene alt-katholische Bischof Reinkens wird mit seiner Behauptung, daß die schlesischen Geistlichen Unfähige sind, die gerade deshalb die höchsten Würden Fremden anvertrauen, recht behalten wird.

Es muß gegen den Geistlichen Steinmann und Münzberg protestiert werden, gegen Münzberg, der die Dreifigkeit hatte, sich in die wenig schöne Angelegenheit der Denunziation des hl. Geistes einzumischen, indem er sagte: der hl. Geist habe ihn so erleuchtet, daß er den Geist jener Gymnasiasten erkannt habe. —

Welch eine Gotteslästerung. Gegen ein solches Verhalten müßten die Geistlichen aufs tatkräftigste auftreten und den Herrn Bischof fragen, wer die Diözese regiert. Denn der Geist, der dem Geistlichen Münzberger eine solche Tat eingab, war wohl nicht der heilige Geist.

Was nützt das Gerede bei Ablassfesten, bei Festmahlen von dem verkehrten Regime in der Diözese, wenn zur Verteidigung der armen Studenten, in eigener Abwehr nichts getan würde? Wie machen wir uns aber andererseits lächerlich, wenn wir darüber tief gerührt sind, sobald Bischof Kopp von seiner Liebe zu uns irgendwo spricht? Und es gibt noch immer Zeitungen, die darüber wie gleichsam über eine heilige Wahrheit schreiben!

„Si vis pacem, para bellum“ sagt ein lateinisches Sprichwort. Auch wir müssen, wenn wir Frieden haben wollen, gerüstet sein.

Ein Wachsjamer.

Aus Nr. 246 der Gazeta Ludowa (Rattowitz)
vom 6. Dezember 1911:

Von der Kenntnis der Sprache der Bevölkerung.

Der polnische Student ist aus dem Breslauer Konvikt einzig und allein deshalb entlassen worden, weil er Pole ist, — dies ist eine Tatsache, welche unsere ganze Volksgesamtheit interessiert. Diese Tatsache ist ein Beweis für das große Unrecht, welches in der Breslauer Diözese dem polnischen Volke widerfährt. Doch braucht man sich darüber nicht zu wundern, denn unsere Diözese leitet Kardinal Kopp, der von Anfang seiner Amtsführung an das Polentum ausrottet.

Seiner Zeit schrieben wir in der Gazeta Ludowa, daß jeder Pfarrer die Sprache der Bevölkerung, deren Seelsorge er ausüben will, kennen muß. Bei uns in Schlesien können die Geistlichen oft nicht nur nicht polnisch sprechen, wenn sie aber polnisch sprechen, dann verhungern sie unsere teure Muttersprache; nicht nur hat Kardinal Kopp selbst die polnische Sprache nicht erlernt, obwohl dies seine Pflicht war, sondern die Breslauer bischöfliche Behörde erschwert sogar den Polen das Studium, d. h., sie strebt danach, die Polen zu den Studien und priesterlichen Weihen überhaupt nicht zuzulassen.

Daß ein solches Verfahren der katholischen Kirche schadet, muß ein jeder zugeben. Aber sehen wir, was die Kirchengeschichte von der Kenntnis der Muttersprache sagt.

Der hl. Augustinus, Bischof von Hippo, kennzeichnet treffend die Schwierigkeiten, die aus der Unkenntnis der Muttersprache erwachsen. Als der hl. Augustinus für den Ort Phasala einen Bischof ernennen wollte, suchte er lange unter seiner Geistlichkeit einen geeigneten Kandidaten; schließlich fand er einen, und dieser war ein Geistlicher, welcher punisch sprach, eine Sprache, deren sich die Bevölkerung von Phasala bediente. „Aptum loco illi congruum que requirebam que et punica lingua esset instructus“ — so schrieb der hl. Augustinus. Der hl. Bischof hat also keinen Griechen, keinen Lateiner gesandt, sondern einen aus dem Volke stammenden Priester, welcher lehren sollte — und mit Recht!

Grimundes, der bekannte Kirchenlehrer und Schriftsteller, dem mehrere Bischofsitze in England angeboten wurden, lehnte entschieden die Angebote ab, indem er sich mit vollem Recht damit entschuldigte, daß er die englische Sprache und die englischen Sitten nicht kenne und somit nicht Seelshirt des englischen Volkes sein könne.

Fulko, Erzbischof von Reims, fragt den Papst Formosus an, ob er dem Bischof Herland einen anderen, unbesezten Bischofsitz übertragen und an seine Stelle einen anderen senden könne, welcher die Sprache und die Sitten dieses Volkes kennt und wegen der Familienverhältnisse den dortigen Diözesanen erwünschter sein wird. Papst Formosus berücksichtigte die Bitte. Welch glänzender Beweis für die Achtung der Sprache und Nationalität!

Im Jahre 1559 erfüllte Papst Paul IV. des spanischen Königs Philipp II. Bitte um Vermehrung der Zahl der Bischofsitze in Belgien, weil die Gläubigen der dortigen Provinz (zu dieser Zeit stand Belgien

unter spanischer Herrschaft) sich durch die Sprachen (linguae idiomate) unterscheiden und ihre besonderen Bischöfe haben müßten, welche die Sprache der Diözesanen kennen.

Im Jahre 1643 erklärte sich die Konsistorial-Kongregation in Rom damit einverstanden, daß der Franziskanerpater Peter de Drosko einen von den Bischofsitzen in Kroatien unter der Bedingung übernehme, daß er die Landessprache redet, deren Kenntnis die bischöfliche Behörde als äußerst notwendig fordert.

Als es sich im Jahre 1667 um die Wiederherstellung des Bischofsitzes von Ragenberg in Niederjachsen handelte, und als für diesen Sitz der Ordensbruder Theophil Dantresalus empfohlen wurde, hat die Kongregation, welcher dies unterbreitet wurde, beschlossen, sich zunächst zu überzeugen, ob Pater Theophil die Sprache seiner zukünftigen Diözesanen kennt, und der Papst hat diesen Beschluß bestätigt.

Ganze Hunderte ähnlicher geschichtlicher Tatsachen könnten wir zum Beweise dafür anführen, daß die katholische Kirche auf Seiten der Völker und auf Seiten der bedrückten Nationalitäten stand. Einzig und allein bei uns in Schlesien verfolgt die von Kardinal Kopp erzogene und beaufsichtigte Geistlichkeit die polnische Nationalität und unterdrückt unsere Muttersprache, wo sie nur kann. Kardinal Kopp hat, trotzdem er schon Jahrzehnte lang das Amt eines Breslauer Bischofs versieht, die polnische Sprache nicht erlernt, obwohl dies seine Pflicht wäre, denn er übt die Seelsorge über mehr als eine Million polnische Seelen aus. Aber, er kennt nicht nur nicht die polnische Sprache, er ist nicht nur nicht bedacht darauf, daß die Geistlichen sich einer korrekten polnischen Sprache bedienen; im Gegenteil, er verfolgt unsere Sprache, germanisiert und macht schließlich den Polen die theologischen Studien unmöglich.

Und da wundert man sich noch, daß in Oberschlesien Verderbtheit herrscht, daß das Hausboldwesen überhand nimmt, daß es an gerechten Geistlichen fehlt, zu denen das Volk Vertrauen hätte. Ganz Oberschlesien, so lang und breit es ist, hat neben wenigen Ausnahmen germanisierende Geistliche, deren seelsorgliche Tätigkeit nicht heilsam sein kann, weil das Volk das Vertrauen zu solchen Geistlichen verliert.

Aus Nr. 145 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 9. Dezember 1911:

Berein für Volksbüchereien.

Wieder ist die winterliche Zeit und mit ihr die längeren Abende herangerückt. So manche wissen nicht, wie sie die Abendstunden ausfüllen sollen, und so schicken sie sich zum Lesen an.

Für die Dörfer hat die Regierung Wanderbüchereien eingerichtet, mit denen sich die Lehrer für eine Entschädigung befassen und fast mit Gewalt den Kindern Bücher in die Hand drücken. Auf diese Weise gelangen Bücher in das polnische Haus, welche oft ein rechter Katholik und Pole manchmal nicht lesen sollte; denn es befinden sich Erzählungen darin, die sich nicht für Katholiken eignen und dazu unsere Vergangenheit, Nationalität und Muttersprache verhöhnen.

Selbstverständlich ist der Zweck dieser Büchereien die Germanisation des polnischen Volkes, und es ist eine unumstößliche Wahrheit, daß, wer seine polnische Sprache verleugnet, auch mit der Zeit seinen Glauben verliert.

Um daher dieser Germanisation vorzubeugen und dem Volke gute Bücher zum Lesen in die Hand zu geben, hat der Verein für Volksbüchereien Bibliotheken

mit ausgewählten Büchern verschiedensten Inhalts eingerichtet. Und so enthalten diese Bibliotheken Bücher religiösen, landwirtschaftlichen, wissenschaftlichen und geschichtlichen Inhalts schöne Erzählungen und Märchen mit Bildern für Kinder. Jeder, der sich in den Verein für Volksbüchereien aufnehmen läßt und fünf Pfennige monatlich als Beitrag zahlt, kann unentgeltlich Bücher entleihen. Man kann sich durch den nächsten Bibliothekar als Mitglied eintragen lassen. Einen solch kleinen Beitrag kann wohl jeder erschwingen, und dafür hat er die geistige Nahrung, welche immer er begehrt. Geben wir vor allem unseren Kindern polnische Bücher in die Hand, damit sie alles, was polnisch ist, lieben und ihre polnische Muttersprache achten lernen. Schöne Märchen mit wunderhübschen Bildern werden die Kinder dazu anregen, gut polnisch lesen und sprechen zu lernen.

Wo es solche polnische Büchereien nicht gibt, mögen sich bereitwillige Leute, welche sich mit einer Bibliothek befassen möchten, bei dem Unterzeichneten melden, und wir werden uns um die Gründung einer Bücherei bemühen. Jedes Jahr werden die Bücher der Bibliothek ausgetauscht, und jene kleinen Beiträge dienen zum Ankauf von neuen Büchern.

Wir bitten alle aufrichtig denkenden und die vaterländische Sache liebenden Leute die Büchereien des Vereins für Volksbüchereien möglichst viel zu benutzen, sie zu unterstützen und ihnen Mitglieder zuzuführen.

Büchereien, die zu unserem Bezirk gehören, befinden sich in folgenden Ortschaften:

Damratzsch, Bibliothekar M. Kolodziej;
Jalkowitz, Bibliothekar Jan Mainka;
Dembinez, Bibliothekar W. Dybala;
Alt-Budkowitz, Bibliothekar Jan Wochnit;
Neu-Budkowitz, Bibliothekar Jan Schweda;
Grabezof, Bibliothekar Fr. Sczepurek;
Brinnitz, Bibliothekar Bart. Patrzek;
Lugnian, Bibliothekar Szcz. Schwierz;
Wengern, Bibliothekar Blasiej Langosz;
Mischline, Bibliothekar Jan Racior;
Kraschnow, Bibliothekar R. Halek;
Chronstau, Bibliothekar J. Niemiec;
Zuzella, Bibliothekar Jos. Niewalka;
Wojtowawies, Bibliothekar A. Spychalska;
Jollward, Bibliothekar St. Smolin;
Poppelau, Bibliothekar A. Lukaszczyk;
Schalkowitz, Bibliothekar Jak. Rania;
Chroszczütz, Bibliothekar Sz. Koszyn;
Groß-Döbern, Bibliothekar J. Warzecha;
Klein-Döbern, Bibliothekar Fr. Wilczek;
Czarnowanz, Bibliothekar Tom. Schwierz;
Sakrau, Bibliothekar Cz. Bagorski;
Goslawitz, Bibliothekar St. Spychalski;
Kgl. Neudorf, Bibliothekar P. Glatti;
Großchowitz, Bibliothekar Ign. Drzymala;
Kossorowitz, Bibliothekar Jan Mita.

J. Koraszewski,
Vorstand des Kreiscommittees
und Mitglied des Hauptvorstandes des Vereins für
Volksbüchereien.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 279 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 7. Dezember 1911:

Der Deutsche Reichstag geschlossen — aber nicht aufgelöst.

Steht etwas mit England bevor, oder ist es nur
ein Wahlkniff der Regierung?

Nach einer interessanten Debatte über den deutsch-französischen Vertrag, deren ganze Schärfe sich gegen England richtete, erhob sich am gestrigen Abend der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und verlas die königliche Botschaft, kraft deren der Reichstag geschlossen wurde. Die Abgeordneten reisten nach Hause; trotzdem besteht aber der Reichstag als solcher noch und es muß vor der Ausschreibung der neuen Wahlen noch eine besondere Auflösung desselben erfolgen.

Die Regierung verzögert auf eine bis dahin noch nicht dagewesene Art die Ausschreibung der neuen Wahlen. Trotzdem ihr Termin — der 12. Januar — schon ziemlich lange bekannt ist und trotzdem der preußische Minister des Innern angeordnet hat, daß die Wählerlisten am 14. d. Mts. ausgelegt werden sollen, warten wir immer noch auf die amtliche Ausschreibung der Wahlen, ohne welche man keine Wahl-agitation betreiben kann. Die deutschen Parteien wissen sich noch Rat zu schaffen, denn sie knebelt kein Sprachen-paragraph. Aber den Polen sind in den Kreisen, in welchen sie nicht mehr als 60% der Gesamtbevölkerung betragen, sowie auch in der Fremde, die Hände gebunden. Da wir in unsern Versammlungen nicht deutsch sprechen wollen, sondern so, wie „uns der Schnabel gewachsen ist“, warten wir schon lange Wochen auf die amtliche Bekanntgabe der Ausschreibung der neuen Wahlen, wir in Berlin haben schon längst Säle bestellt, an diesem Sonntag sollte bei Koller in der Köpenicker Straße eine Generalversammlung für die Polen Berlins und Umgegend stattfinden, und wir dachten, daß wenigstens der gestrige Tag die Entscheidung bringen würde und wir uns von heute an die Wahl-agitation würden machen können.

Dabei sind wir heute so klug, wie wir es gestern gewesen sind. Der Reichskanzler hat den Reichstag geschlossen, aber er hat ihn nicht aufgelöst und die amtliche Bekanntgabe des Termins der Wahlen ist nicht erfolgt. Und der § 12 des unglücklichen Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 besagt ausdrücklich, daß die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen nur während der Wahlen zum Reichstag und zum Abgeordnetenhaus und zwar „vom Tage der amtlichen Bekanntgabe des Termins der Wahlen ab“ in einer anderen als der deutschen Sprache geführt werden können.

Wir müssen also warten, bis es der Regierung passen wird, den Reichstag aufzulösen und die Neuwahlen auszuschreiben. Die Regierung geht hier mit der Bevölkerung wie mit einem Kinde um und erhält sie hinsichtlich der Ausübung ihres wichtigsten bürgerlichen Rechts in Ungewißheit. Am schlechtesten kommen wir Polen dabei fort, denn in den Versammlungen wollen und werden wir nicht deutsch sprechen und polnische Versammlungen können wir vor der amtlichen Ausschreibung der neuen Wahlen nicht abhalten.

Weshalb tut die Regierung dies? Weshalb hat sie den Reichstag nicht aufgelöst, sondern nur geschlossen, warum zieht sie die Bekanntgabe der Neuwahlen noch immer hin?

Sie will einerseits ihrem schwarz-blauen Block gefällig sein, indem sie den oppositionellen Parteien die Agitation erschwert, denn es ist bekannt, daß erst nach der Ausschreibung der Wahlen die unbeschränkte Agitation mit Hilfe der Verbreitung von Druckschriften und andern Mitteln gestattet ist, und andererseits kann sie noch jeden Augenblick den gestern geschlossenen aber noch nicht aufgelösten Reichstag einberufen, wenn dies die internationale Lage erfordern sollte.

Der Reichskanzler hat gestern England den Fehdehandschuh hingeworfen und er will ihm durch die Nichtauflösung des Reichstages gleichsam sagen, daß die deutsche Regierung auf alles vorbereitet ist und im

Fall des dringenden Bedürfnisses den Reichstag sofort einberufen kann.

Auf diese Art schlägt man zwei Fliegen auf einmal. Und hierzu kommt noch der Umstand, daß sich der Reichskanzler durch seine gestrige Rede den sogenannten nationalen Parteien bedeutend genähert hat, die ihn gestern noch wegen seines Vertrages mit Frankreich gewaltig bekämpft hatten, und daß er gleichzeitig den oppositionellen Parteien bei ihrer Wahlagitation die Waffe aus der Hand gewunden hat. Er schlug gestern eine so patriotische Note an, er schmeichelte dem Stolz der Deutschen in so hohem Maße und hob die gepanzerte Faust so energisch gegen England, daß ihm auch die deutschen Chauvinisten nicht mehr viel werden vorwerfen können und die Wahlagitation unter der Losung der patriotischen und verschärften Abneigung gegen England stattfinden wird.

Der gestrige Tag kann hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Deutschland und England eine historische Bedeutung haben und er kann ernste Folgen nach sich ziehen, denn es ist an diesem Tage der Wille der Regierung und des deutschen Reichstages deutlich zum Ausdruck gebracht worden, in der auswärtigen Politik England gegenüber die Stellung eines Gleichberechtigten einzunehmen. Und gegenüber dem Umstand, daß die entscheidende Partei des Reichstages, nämlich die konservative, öffentlich ihrer tiefen Abneigung gegen England Ausdruck gegeben hat, wird sich die englische Regierung sagen müssen, ob der hohe Grad der Spannung der deutsch-englischen Beziehungen, der durch die gestrige Rede im deutschen Reichstag den Gipfelpunkt erreicht hat, weiterhin bestehen bleiben soll, oder ob man ihn sofort so oder so beseitigen muß. England muß sich jetzt darüber klar werden, ob es Deutschland zur Mitherrschaft auf dem Meere und in der Weltpolitik zulassen kann oder ob es mit dem Schwert den gordischen Knoten der verschärften Beziehungen zu den Deutschen durchschlagen soll.

Wir werden uns bald überzeugen, wie auf der andern Seite des Kanals die öffentliche Meinung und die herrschenden Kreise auf die gestrigen Vorwürfe und Provokationen Bethmann-Hollwegs und der konservativen Redner reagieren werden. So viel ist sicher, daß der gestrige Tag der Sache des europäischen Friedens ganz und garnicht gedient hat. Deutschland hat er weiter auf die Bahn der Politik des Imperialismus gedrängt und er hat das Gespenst des Krieges mit England und des Krieges der fünf Staaten, die sich um Deutschland einerseits und um England andererseits gruppieren, näher gerückt.

Bei diesen großen Zukunftskonjunkturen hat sich der deutsche Michel die Schlafmütze noch tiefer über die Ohren ziehen lassen, und während er feindselig nach England blickte, hat er vergessen, seine Rechte im eigenen Lande zu fordern. Er weiß bis heute noch nicht den Termin der Bekanntgabe der Neuwahlen und kann sich nicht gehörig auf sie vorbereiten.

Es ist nur schade, daß wir bei dieser „Diplomatie“ Bethmann-Hollwegs am schlechtesten fahren.

Aus Nr. 281 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 10. Dezember 1911:

Ein preussisch-ruthenischer Aufruf.

In Berlin besteht bekanntlich eine besondere, vom Bund der Landwirte gegründete und von der Regierung protegierte Agentur, die den deutschen Landwirten Arbeiter aus dem Königreich Polen und Galizien liefert. Vor einigen Jahren wurde eine Filiale dieser Agentur in Rattowitz begründet, und der Vertrauensmann und

Protector dieser Filiale wurde der ruthenische Geistliche Hanyckij, der Delegierte der ukrainischen Partei, ein Todfeind der Polen. Dieser Hanyckij setzt alle Hebel in Bewegung, um die ruthenischen Saisonarbeiter nach Rattowitz zur preussischen Agentur zu dirigieren und die Tätigkeit der polnischen Emigrationsbureaus lahm zu legen, die sich gleichfalls der ruthenischen Arbeiter angenommen haben und zwar auf ehrlichste Art, indem sie sie vor Unrecht und Ausbeutung beschützten. Hanyckij ist ein Werkzeug der Preußen und handelt lediglich in ihrem Interesse, was übrigens auch der Politik der ukrainischen Partei entspricht, die sich fortwährend nach Berlin umsieht und sich mit den Preußen gegen die Polen verbündet.

In Rattowitz, wo dieser ruthenische Geistliche sein Handwerk als Zutreiber von Saisonarbeitern betreibt, ist gegenwärtig ein geradezu unerhörter, gegen alles, was polnisch ist, Haß säender Aufruhr verbreitet worden. Man braucht nicht sehr klug zu sein, um zu erraten, wer der Verfasser ist. Die Schmiererei ist in ruthenischer Sprache abgefaßt und wendet sich an die ruthenischen Arbeiter. Der Wortlaut ist folgender:

„Achtung, Arbeiter! Die schwarze Hand erwürgt euch!

Ihr wißt, daß euer größter Feind der Lechite ist. Nicht umsonst sagt unser Sprichwort von den Lechiten: „Der Lechite ist nur gebraten gut.“ Das ist die heilige Wahrheit, denn sie lauern nämlich fortwährend nur auf den Untergang der ruthenischen Nation. Kaum hatte die Nation begonnen, von den Lechiten zum Preußen auszureißen, besetzten sie sofort die Bahn und die Grenze mit Gendarmen und Kommissaren, um unsern Bauern nicht zum Preußen zu lassen. Und als dies nichts half, gründeten die Lechiten überall Bureaus, die unsere Leute auf verschiedene Art fangen, sie fortschaffen und wie das liebe Vieh verkaufen.

Die Agenten dieser Bureaus, Polen und Ruthenen (die vor die Hunde gegangen sind), rennen wie Hühner mit List in den Dörfern herum, fragen und schnüffeln herum, ob nicht jemand zu den Preußen fährt. In den Stationen, in den Zügen fallen sie über die Leute her und reden auf sie ein, daß sie mit ihnen fahren sollen, daß sie ihnen gute Arbeit verschaffen werden, ja sogar in die Aborte blicken sie hinein, ob dort nicht jemand versteckt ist, der nach Preußen fährt.

Wer sich hat fangen lassen, der wird sicherlich daran denken, wozu die polnische Pöle da ist; denn der Agent gerbt ihm nicht nur das Fell, sondern nimmt ihm auch sofort das Geld fort, damit der Arbeiter sich nicht mehr darum zu sorgen braucht, wohin er es geben soll. Um unsere Leute auszuroten, haben sie sich noch Argentinien ausgedacht, und sie beginnen jetzt damit, unsere Leute aufzufordern, des Verdienstes wegen nach Argentinien zu gehen. Sicherlich tun sie es nicht deshalb, damit sie dort verdienen, sondern damit sie auch das verlieren, was sie noch besitzen.

Es ist bereits die höchste Zeit, ihr Arbeiter, dies zu durchschauen und Verstand zu haben! Suchet euch selbst Arbeit, und wenn ihr dies in Bureaus tut, dann in solchen, die Arbeit geben und nicht die Leute verhandeln. Solche Bureaus sind einzig die deutschen, amtlichen Bureaus.

Deshalb jaget die Agenten der polnischen Bureaus fort. Saget ihnen, daß sie ihre Mütter, Frauen, Kinder und die polnischen Herren zum Verkauf nehmen, von euch sich aber fortmachen sollen. Wenn sie dies nicht gutwillig tun, dann treibet sie mit dem Knüttel fort. „Der Lechite und der Hund sind einer Gattung, sie gehorchen noch am schnellsten dem Knüttel.“

Die polnischen Bureaus haben im laufenden Jahr durch den Verkauf ruthenischer Arbeiter Hunderttausende verdient.

Sie haben sich schon bereit erklärt, im Jahre 1912 50 000 unserer ruthenischen Leute zu verkaufen.

Hütet euch deshalb vor den Agenten und ihren Versprechungen und zeigt ihnen, daß ihr nicht Vieh seid, daß man euch weiterhin nicht verkaufen kann. Ihr werdet selbst Arbeit für euch finden.

Hütet euch vor den polnischen Bureaus wie vor der Pest und vor ihren Agenten wie vor tollen Hunden. Denn wer in ihre Hände fällt, der wird nicht eher zu sich kommen, als bis er sich in Böhmen, Frankreich oder Argentinien befindet, um dort zum Vorteil der Lechiten und sich zum Schaden zu arbeiten.

Denn die polnischen Kreis- und Landesbureaus, sowie die polnischen Emigrationsvereine in Przemyśl, Jarosław, Lemberg, Brzeziny, Buczaczy haben die Lechiten nur gegründet, um euch Ruthenen von der Welt verschwinden zu lassen.

So schließen die Ruthenen — „Frieden“ mit den Polen.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 334 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 5. Dezember 1911:

Wie die Deutschen unsere Stammesbrüder nach Amerika befördern.

Fräulein Margarete Hoyer, welche den in Parana angesiedelten Stammesbrüdern Hilfe bringen wollte, reiste von Lodz nach Bremen und von dort mit einigen Hundert polnischen Emigranten auf dem Schiff „Erlangen“ nach Brasilien. Doch die schrecklichen Reiseverhältnisse des die Emigranten überführenden Schiffes haben sie gezwungen, in Antwerpen zu landen und in die Heimat wieder zurückzukehren. Sie beschreibt nun diese Reise. Die ihr auf dem Schiffe versprochene eigene Kajüte erwies sich als ein schmutziges und stinkendes Loch mit 6 Betten.

Die Bauern fuhren gemeinschaftlich, Männer, Frauen und Kinder im Zwischendeck, was Veranlassung zu einigen häßlichen Szenen gegeben hat. Es waren ca. 800—900 Personen dort. Man kann sich also vorstellen, welche hygienischen Verhältnisse aus diesem Grunde geherrscht haben.

Doch damit nicht genug. Dieser Unterschlupf war schrecklich schmutzig und finster. Auf dem Fußboden stand schmutziges, stinkendes Wasser, man ging also immer in durchnässten Schuhen, wovor sogar Gummischuhe nicht schützten. Die Türen waren nach allen Seiten hin geöffnet, infolgedessen herrschte eine schreckliche Zugluft, besonders, wenn man die steilen Treppen, die aufs Verdeck führten, hinaufstieg. Überall sah man eine Unmasse Ratten und Schwaben. Gegen diese Mitreisenden gab es keinen Rat, denn es gab keine Bedienung, obwohl sie in den Prospekten angegeben gewesen ist.

In diesem allgemeinen Saal standen die Betten in zwei Reihen dicht nebeneinander; zwischen ihnen gab es nur schmale Durchgänge, der Zwischenraum war aber so klein, daß man sich aufs Bett gar nicht setzen konnte. Andere „Möbel“ gab es nicht.

Das Bettzeug bestand aus schmutzigen Säcken, welche ungleichmäßig mit Stroh ausgestopft waren. Das Stroh konnte man nicht aufschütteln, weil die Säcke zugenäht waren. Die Zudecke bildete ein Stück schmutzigen Barchents.

Die Waschbecken waren besonders untergebracht. Das waren lange Tröge, in welchen sich die Menschen reinigten, ihre Wäsche und Bindeln wuschen — und in denselben Trögen wurden auch die Geschirre, in welchen man für die Emigranten das Essen kochte, gereinigt.

In dem ganzen von den Emigranten eingenommenen Zwischenraum herrschte ein unmöglicher Gestank und eine unmögliche Stickluft. Die Leute, die an Seereisen nicht gewöhnt waren, litten infolgedessen an Erbrechen — der Fußboden war immer schmutzig — niemand dachte aber daran, ihn zu waschen oder zu reinigen.

Das Essen war schrecklich. Wollte man seine Portion erhalten, so mußte man aufs Verdeck steigen, wo die Schiffsmannschaften das Essen in Trögen herumtrugen. Jeder trug in der Hand ein Blechgefäß und beeilte sich, denn sonst bekam er kaltes Essen.

Gelang es endlich, durch die Menge hindurchzukommen, so sah man in dem Troge schwarzes Wasser, in welchem Erbsenschalen herumschwammen. Das nannte man Erbsensuppe.

Als Fräulein K. auf dem Verdeck spazieren ging, bemerkte sie, daß die Emigranten das Brot brachen und es ins Meer hineinwarfen. Neugierig gemacht, kam sie näher, da zeigten ihr die Leute, daß in dem Brot Würmer eingebrocken waren.

„Wir kamen nach Anwerpen — so schließt sie ihre Beschreibung — ich konnte auf dem Schiff nicht länger bleiben, ich wollte auch nicht mehr weiter fahren, denn es dünkte mich, eine größere Pflicht ist es jetzt, in die Heimat zurückzukehren und das arme polnische Volk davor zu warnen, wie schändlich, wie gemein diejenigen es behandeln, die ihm angeblich ein besseres Schicksal bereiten wollen!“

Aus Nr. 138 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Lemberg)

vom 8. Dezember 1911:

Polnische Seuchelei. Unangebrachte Entrüstung.

Der Dziennik Polski (Lemberg) brachte in der 314. Nummer vom 15. November an erster Stelle einen Leitartikel, bei dessen Lesen man aus dem Staunen nicht herauskommt. Unter dem Titel „Wieder prufosilski“ d. h. „das preußens eundliche Wien“ jammert er über die Wandlung des Charakters der Reichshauptstadt und ihrer Bewohner, der Wiener, deren Gemütlichkeit sprichwörtlich geworden war, die stets so froh gelaunt und „glücklich“ die Welt und ihre Umöbung nur im rosigsten Lichte sahen und sich nicht darum kümmerten, was um sie her vorging. Und dieses Phäakenvolf, wie Schiller die Wiener nennt, ist plötzlich bodbeinig und ungastlich geworden, will nicht mehr nur Wiener sondern auch deutsch sein und wehret von seinem warmen Nest solch' unschuldige Gäste ab, als da sind die edlen Tschechen, Polen, Italiener usw. „Wohin ist das „Wienerische“ Wiens gekommen? Die frühere Lebenswürdigkeit, Fröhlichkeit und herzliche Gemütlichkeit ist vorüber und das ehemalige ruhige, glückliche, lächelnde Wien beginnt zu pfauchen, zu beißen und zu brüllen wie ein wildes Tier. Also klagt der Dziennik polski.

Weil die Wiener sich endlich ihres Deutschtums bewußt werden in dem Augenblicke, als Slaven und Welsche daran gehen, eben jenes typisch „Wienerische“ Wiens zu verhungern und den gemüthlichen Wienern selbst höchst ungemüthlich zu werden beginnen — sind sie Preußenseuchler! Und alles, was die Wiener

„angesteckt von den Deutschen in den Sudetenländern, in Schlesien usw.“ für ihr Volkstum tun, ist preußisch: mit preußischem Geld gründet der Deutsche Schulverein Schulen, „preußische“ Pastoren haufen als Agitatoren in den österreichischen Ländern und bereiten die „Lostrennung der deutschen Kronländer von der Monarchie“ vor und so manches andere Geistreiche leistet sich das polnische Blatt.

Vorüber man aber staunen muß, ist, daß der Dziennik polski plötzlich sein gut österreichisch-patriotisches Herz entdeckt. Er weint bittere Tränen, daß in den Schulvereinschulen und anderen Lehranstalten die teure „österreichische“ Jugend zu Preußen präpariert wird. Diese Heuchelei! Der Dziennik polski möge nur seine Nase freundlichst in die polnischen Unterrichtsanstalten in Galizien von den Volksschulen bis hinauf zu den Hochschulen stecken, da wird sein österreichisches Herz sich krampfhaft zusammen ziehen, wenn er den „österreichischen“ Geist darin zu spüren bekommt! Und das „Kronland“ Galizien kennt er in seinen Spalten gar nicht, sondern „zabor austrijacki“, also einen österreichischen Raubanteil des ehemaligen polnischen Reiches!

Die Heuchelei und Unversfrorenheit des polnischen Tagblattes geht aber noch weiter. Es streicht die nationale Duldsamkeit der Polen gegenüber Angehörigen anderer Nationen hervor im Gegensatz zu dem Chauvinismus der Deutschen Wiens. Anlaß zu diesen Tiraden liefert ihm ein Vorfall, der sich an einem Wiener Gymnasium ereignet haben soll.

Eine polnische Beamtenfamilie wurde von Krakau nach Wien versetzt. Die Mutter will ihren Sohn, der in Krakau die vierte Gymnasialklasse beendet hat, in einer Wiener Mittelschule unterbringen. Der Direktor der Anstalt macht anfangs Schwierigkeiten, endlich aber willigt er in die Aufnahme des polnischen Schülers ein, wenn er die vorschriftsmäßige Prüfung zur Darlegung seiner Kenntnis der deutschen Sprache bestche. Damit schließt der Dziennik polski seinen Bericht über diesen Vorfall. Wahrscheinlich hat der polnische Junge die Prüfung bestanden und wurde in die höhere Klasse des deutschen Gymnasiums in Wien anstandslos aufgenommen. Diese deutsche „Ungerechtigkeit“ löst aber beim Dziennik polski folgende Entrüstungsruße aus: „Wo in aller Welt gibt es einen zweiten Staat, in dem das Zeugnis der einen Anstalt keine Gültigkeit an einer anderen Anstalt hätte, weil es dem „alldeutsch verseuchten“ Direktor so beliebt? Was sagen die dazu, denen an der Erhaltung und Stärkung des staatlichen Solidaritätsgefühles etwas gelegen sein soll? Wie ganz anders gehen doch die „barbarischen“ Slawen vor! Wie viele Söhne, insbesondere aus Militärkreisen, werden in polnischen Anstalten ohne jegliche Kenntnisse der polnischen Sprache aufgenommen und erhalten von den Lehrern alle möglichen Erleichterungen, Hilfe und Rücksichten!“

Aber gemach! mein lieber Dziennik polski. Du heuchelst! Du weißt es ja, wie ihr Polen alles Deutsche in Galizien verhöhnet, haßt und verfolgt. Auch wir Deutschen in Galizien sind Bürger des österreichischen Staates in Galizien, und wenn ihr Polen auf die Wahrung des österreichischen Solidaritäts-sinnes wirklich so veressen seid, so möget ihr dies doch durch Taten beweisen und uns Deutsche ein bißchen menschlicher behandeln. Wie die Deutschen in Galizien auf dem Gebiete des Schulwesens seit jeher von euch geschädigt werden, wie ihre Kinder in den polnischen Schulen polonisiert werden, davon geben schon die unzähligen „Po'en“ deutscher Abkunft ein Beispiel. Was aber den Vorfall an jenem deutschen Gymnasium betrifft, beruhige dein gekränktes patriotisches Gefühl, lieber Dziennik polski. Ich will dir mit einem polnischen

Pendant in weit grelleren Farben dienen, woraus du eure polnische Duldsamkeit deutschen Schülern gegenüber im rechten Lichte sehen kannst: Ein deutscher Schüler, der die erste Klasse eines polnischen Gymnasiums mit sehr gutem Erfolge absolviert hat, wollte sich im September l. J. in die zweite Klasse des k. k. II. „deutschen“ Gymnasiums in Lemberg einschreiben lassen. Der Direktor verlangte ebenfalls eine Prüfung aus allen Gegenständen, um sich von der Kenntnis der deutschen Sprache des Schülers zu überzeugen. Die Prüfungskommission stellte protokolllarisch fest, daß der Junge die deutsche Sprach-vollkommen beherrscht, aber der Direktor lehnte die Aufnahme des Schülers in die zweite Klasse mit der Begründung ab, daß er in Latein Lücken aufgewiesen habe. Dabei hatte der Schüler im Zeugnisse aus Latein die Note „gut“. Merkst du, lieber Dziennik polski, eure polnische Duldsamkeit? Du schweigst und rußt nicht entriistet aus: Wo in aller Welt ist das möglich?! — In Galizien, lieber Freund!

Darum, mehr Vorsicht nächsten und weniger Blamage! Die Wiener aber lobe ich mir, daß sie endlich die schläfrige Gemütlichkeit von sich ablegen und den ungebeten Gästen auf die Finger klopfen. Hoffentlich schlafen sie nicht wieder ein!

Aus Nr. 138 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Lemberg)

vom 8. Dezember 1911:

Weiterungen im Polenklub.

Der Gegensatz zwischen den bei den Wahlen geschlagenen Allpolen und den übrigen Fraktionen des Polenklubs kommt nicht zur Ruhe. In der letzten Sitzung des Polenklubs war der Obmann Dr. v. Bilinski Gegenstand heftiger Angriffe seitens der Allpolen, weil er eine zu sehr österreichische und keine polnische Politik betreibe. Der Versuch seiner Freunde, die Debatte abzuschneiden, mißlang, und die Erörterung wird in nächster Woche fortgesetzt werden. Daraus geht hervor, daß die Majorität, über die Dr. von Bilinski im Polenklub verfügt, keine allzu-große ist, und sich nur auf die Krakauer Konser-vativen, die Volkspartei Stapiński und einen Teil der Demokraten verlassen kann, während die ostgalizischen Konser-vativen eine recht zweideutige Stellung beobachteten.

Aus Nr. 280 der Silesia (Teichen)

vom 7. Dezember 1911:

Die Schibitzer Schulaßäre.

Eine Affäre ist die bisher vollkommen ruhig verlaufene Reorganisation der Schibitzer Gemeindefchule eigentlich erst seit zehn Tagen geworden, nämlich vom Zeitpunkte, in dem die Polen veröffentlicht haben, daß sie gegen die Reorganisation der Schibitzer Schule protestieren und gegen den betreffenden bereits vor zwei Monaten gefaßten Beschluß des schlesischen Landeschulrates beim Unterrichtsministerium Beschwerde eingelegt haben. Wir haben bereits in der Nummer unseres Blattes vom 26. November l. J. unter der Spitzmarke „Polnisch-nationale Quertreibereien“ darauf aufmerksam gemacht, daß in Schibitz von einem Arbeiter der Gurniafschen Ziegelei und einem im Orte unbekannten Städter Unterschriften für eine geheimnisvolle Eingabe gesammelt wurden, in die

niemand einen genauen Einblick nehmen konnte. Nachdem aber eine entsprechende Zahl von Unterschriften gesammelt war, machten die Polen weiter kein Hehl aus ihrer Aktion und veröffentlichten sogar wörtlich den Inhalt einer Ministerialbeschwerde über das Vorgehen des schlesischen Landeschulrates in der Schibitzer Schulangelegenheit in einer Extraausgabe des Dziennik Giezyński. Erst jetzt war es möglich, in Erfahrung zu bringen, was eigentlich die lieben Polen vorhatten und wofür sie vor zwei Wochen die Unterschriften leichtgläubiger Schibitzer gesammelt haben.

Bevor wir aber die sehr charakteristische Ministerialbeschwerde besprechen, müssen wir im Interesse eines besseren Verständnisses der Sache folgendes voranschicken: Schon seit einer Reihe von Jahren wurde in der Teschener Gemeindevertretung die Angelegenheit der Zulassung der Schibitzer Kinder in die städtischen Volksschulen lebhaft erörtert. Die Bewohner der Nachbargemeinde Schibitz schickten schon seit jeher in überwiegender Anzahl ihre Kinder in die Teschener städtischen Schulen, um ihnen die Wohlthaten des deutschen Unterrichtes zu verschaffen. Nur ein kleiner Teil der Schibitzer Schulkinder blieb in der einklassigen Gemeindeschule, die allgemein die Schule der Hirten genannt wurde, weil sich die „Absolventen“ dieser Schule meistens mit dem Weiden des väterlichen Viehes befaßten. Ein noch kleinerer Teil der Schibitzer Kinder ging in die polnische Macierz-Schule in Teschen, und auch dies nur deshalb, weil ihre Eltern von dem polnischnationalen Besitzer der Gurniafschen Ziegelei, ihrem Brotherrn, dazu gezwungen, oder aber weil ihnen oder ihren Eltern materielle Vorteile (kostenlose Beistellung der Bücher und Schulrequisiten, Geldunterstützungen) zugewendet wurden. Die rapide Zunahme der Teschener Schulkinder machte aber die Frage der Zulassung der Schibitzer Schulkinder zum Unterricht in den städtischen Schulen zu einer akuten, und in den allerletzten Jahren ward es zur Gewißheit, daß der Zeitpunkt nicht mehr ferne liege, in dem die Schibitzer Kinder wegen Platzmangels überhaupt nicht würden aufgenommen werden. Die Sperrung der Teschener Schulen für die Schibitzer Kinder ist bisher lediglich aus dem Grunde nicht erfolgt, weil man die zahlreichen Kinder der deutschen Eisenbahner- und Arbeiterfamilien und der überwiegend deutschfreundlichen gesimten Bevölkerung von Schibitz der Wohlthaten der deutschen Schule nicht verlustig machen wollte. Diese Sachlage war der Schibitzer Gemeindevertretung ebenfalls wohl bekannt und die Frage der Reorganisation und Erweiterung der Gemeindeschule wurde immer brennender. Es unterlag keinem Zweifel, daß die Schulverhältnisse in Schibitz nur auf eine radikale Weise, nämlich durch Erbauung einer großen, höher organisierten Schule saniert werden könnten. Darüber war sich auch die ganze Gemeindevertretung einig, daß den Schibitzer Kindern die besonderen Vorteile der deutschen städtischen Schulen, nämlich die möglichst perfekte Erlernung der deutschen Sprache nicht entgehen dürfen. So nahe man schon öfters daran war, die Erweiterung und Reorganisation der Gemeindeschule vorzunehmen, immer schrak man vor den verhältnismäßig sehr großen Schulbaukosten zurück. Da wurde in der Gemeindevertretung selbst angeregt, sich wegen Subventionierung des Schulbaues an den Deutschen Schulverein zu wenden, der sowohl in Teschen, wie auch in Schibitz eine Ortsgruppe besitzt und an der Entwicklung der Schulverhältnisse in den Orten seiner Betätigung ein natürliches Interesse hat. Dank den dringenden Vorstellungen der Schibitzer Ortsgruppe bei der Wiener Hauptleitung des Deutschen Schulvereins trat diese mit der Gemeindevertretung von Schibitz wegen Gewährung einer Schulbaubeihilfe in Verbindung und wurden die gegenständlichen Unter-

handlungen durch mehr als Jahresfrist zwischen dem „Deutschen Schulverein“ und der Schibitzer Gemeindevertretung stets im besten Einvernehmen und unter einhelliger Zustimmung sämtlicher Gemeindeauschußmitglieder geführt. Erst als der frühere Trzyniezer Müller und jetzige Besitzer des Błogotitzer Gütehens, der Allpole Stonawski, aus dem Erfaß in die Reihen der Auschußmitglieder vorrückte, begann er gegen die Einführung der deutschen Unterrichtssprache in der Schibitzer Gemeindeschule zu schüren, und als es am 11. August 1911 im Gemeindeauschuß über die Annahme der Bedingungen der Gewährung eines Darlehens des Deutschen Schulvereins im Betrage von 25.000 Kronen zu Schulbauzwecken zur Abstimmung kam, da vermochte er es, noch drei andere Auschußmitglieder, darunter den Schwiegervater des Ziegeleibesizers Gurniak, zur Ablehnung dieser Bedingungen zu bewegen. Der Antrag auf Annahme der Bedingungen des Deutschen Schulvereins drang jedoch mit einer Mehrheit von sechs Stimmen durch. Es ist selbstverständlich, daß der Deutsche Schulverein der Gemeinde Schibitz seine Hilfe nur unter der Bedingung gewährte, daß in der neubauten Gemeindeschule die deutsche Sprache Unterrichtssprache, die polnische Sprache dagegen Unterrichtsgegenstand sei, und daß der Lehrkörper sich aus der deutschen Lehrerbildungsanstalt ergänze. Es wird doch nicht der Deutsche Schulverein eine so hohe Subvention einer polnischen Schule geben oder einer solchen Schule, an der eventuell Absolventen der bereits jetzt wegen der Volkshymnenaffäre berüchtigten polnischen Lehrerbildungsanstalt in Bobrek „wirkten“. Ebenso selbstverständlich ist es, daß der Deutsche Schulverein nur so lange an der Schule Interesse hat, als in derselben die deutsche Unterrichtssprache beibehalten wird, und daß deshalb die Schulbaubeihilfe nur in Form eines zinsfreien Darlehens gegeben werden konnte, das zurück gefordert werden kann, sobald die Schule durch Änderung der Unterrichtssprache das Interesse für den Deutschen Schulverein verliert. Es stellt sich somit die Subvention des Deutschen Schulvereins tatsächlich als Geschenk an die Gemeinde Schibitz dar. An der ganzen Sache sah man nichts Außerordentliches, es gab in ganz Schibitz weder irgendein Aufsehen, geschweige denn eine allgemeine Aufregung wegen dieses Gemeindeauschußbeschlusses. Der Beschluß wurde nicht angefochten, wurde von Landesausschuß bestätigt und erhielt der mit den Bedingungen des Schulvereins übereinstimmende Lehrplan der reorganisierten Schibitzer Gemeindeschule bereits anfangs September die Genehmigung des schlesischen Landeschulrates. Obwohl die polnischen, gewiß auch die polnischnationalen Schulinteressen im Landeschulrate ihre Vertretung haben und die Polen von dem betreffenden Beschlusse des Landeschulrates Kenntnis erlangen mußten, fiel es wieder monatelang niemandem ein, gegen die Umwandlung der einklassigen polnischen Hirtenschule in Schibitz in eine höher organisierte Gemeindeschule mit deutscher Unterrichtssprache zu remonstrieren. Erst vor zwei Wochen, wahrscheinlich, als es in den Kreisen der Macierz-Leute bekannt wurde, daß Ende November eine vom Präsidium des Polenklubs geführte Deputation des polnischen Schulvereins L. S. L. beim Ministerpräsidenten und dem Unterrichtsminister vorsprechen werde, da wurde in Teschen schnell Kriegsrat gehalten und beschlossen, die Schibitzer Schulangelegenheit zu einer „cause célèbre“ zu machen. Es wurde in aller Eile eine Ministerialbeschwerde fabriziert, deren Inhalt genugsam durch das Schlußbegehren der Beschwerde charakterisiert wird: Das k. k. Unterrichtsministerium möge sich auf den Standpunkt der Beschwerdeführer stellen (!) und sie vor der „hinterlistigen“ Politik des Deutschen Schulvereins schützen usw., dadurch, daß

1. der bewußte Beschluß des k. k. schlesischen Landesschulrates als gesetzwidrig aufgehoben werde, 2. daß dem schlesischen Landesschulrate aufgetragen werde, die einklassige Schibitzer Schule in eine vierklassige und mit polnischer Unterrichtssprache und Deutsch als obligatem Unterrichtsgegenstand zu reorganisieren, 3. daß dem schlesischen Landesschulrate aufgetragen werde, der Schibitzer Schule ein Darlehen aus Landes- oder Staatsmitteln an Stelle des Darlehens des Deutschen Schulvereines zu verschaffen, und 4. daß dem Deutschen Schulverein in Wien verboten werde, sich in Angelegenheiten der öffentlichen Gemeindeschule in Schibitz zu mengen. (sic!) Schon aus Obigem ersieht man, daß die ganze Beschwerde nicht ernst zu nehmen ist, und tatsächlich entspricht auch ihr Inhalt dem Charakter der keineswegs bescheidenen Schlußwünschen der quasi Schibitzer Eltern.

Ein Meer von Phrasen, Lügen, Entstellungen und Verdächtigungen der schlesischen Schulbehörden, aus dem als einzig greifbares Argument die Behauptung hervorragt, es handle sich im gegebenen Falle nicht um eine Reorganisation, sondern um die Auflösung (!) einer Gemeindeschule, und hätte aus diesem Grunde das Unterrichtsministerium diese Angelegenheit zu entscheiden gehabt (§ 18 des schlesischen Schulerrichtungsgesetzes). Das Monströse dieser Ansicht geht schon daraus hervor, daß tatsächlich an Stelle einer einklassigen Gemeindeschule eine vierklassige errichtet wird und auf diese Weise die Möglichkeit des Schulbesuches den schulpflichtigen Schibitzer Kindern nicht nur nicht benommen, sondern erheblich gebessert wird. Für die Einführung der deutschen Unterrichtssprache sprechen die Zahlen der Beschwerde selbst, nach welcher im letzten Schuljahre nur 74 Kinder die einklassige Gemeindeschule, 106 die Macierz-Schule in Teschen, der Rest der Schulkinder aber in der Höhe von 197 die städtischen Volksschulen von Teschen besucht hat. Ob diese Zahlen richtig sind, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis. Es wäre müßig und viel zu zeitraubend, auf die einzelnen Ungereimtheiten und Unwahrscheinlichkeiten der wahrscheinlich vom Sekretariat der „Macierzszkolna“ verfaßten Beschwerde hinzuweisen. Zur Belustigung unserer Leser sei nur darauf hingewiesen, daß sich diese Macierz-Leute zum Leitmotiv ihrer Beschwerde gemacht haben, sie seien „österreichische Staatsbürger polnischer Nationalität, und der Artikel XIX des Staatsgrundgesetzes müsse gewahrt werden“. Also wenigstens in Ministerialbeschwerden erinnern sich diese Leute ihrer österreichischen Staatsbürgerschaft (auf ihren Wehrschamarken haben sie aber den polnischen (!) Reichsadler), und den Artikel XIX des Staatsgrundgesetzes, den mögen sie zuerst in Galizien, ihrem Heimatlande, den Ruthenen und Deutschen gegenüber Geltung verschaffen. (Gal. Schulgesetz vom Jahre 1869!!) Die Komödie des Sammelns der Unterschriften der Schibitzer „Eltern“ haben wir schon früher beschrieben und betonen lediglich, daß dies eine altbewährte polnische Methode der Fabrikation des Volkswillens ist. Nachdem man eine genügende Anzahl von Unterschriften hatte, wurde im allpolnischen Dziennik Cieszyński eine Salve gegen den gegenständlichen Beschluß des schlesischen Landesschulrates abgegeben und die Beschwerde nach Wien geschickt. Am Mittwoch, dem 1. Dezember, sprach gemeinsam mit der Deputation des polnischen Schulvereines L. S. L. auch eine Delegation der Teschener „Macierz“ unter Führung des Präsidiums des Polenklubs und der Abg. Londzin und Michejda beim Ministerpräsidenten vor und erhielt nach polnischen Zeitungen die Zusicherung einer eingehenden Prüfung und möglichst günstigen (!) Entscheidung der Angelegenheit. Der Obmann des Deutschen Schulvereins Dr. Gustav

Groß und unser Reichratsabgeordneter Dr. v. Demel dagegen erhielten das Versprechen einer streng sachlichen Entscheidung der Angelegenheit. Es wird gut sein, wenn unsere Abgeordneten die Sache im Auge behalten. Der ganzen Komödie der Beschwerde der in der Illusion der Allpolen benachteiligten Schibitzer Eltern setzte der Dziennik Cieszyński die Krone auf, indem er den Schibitzer Eltern für ihr energisches Eintreten seine allerhöchste Anerkennung öffentlich aussprach. Zuerst wird also die ganze Sauce im Dom Marodowy in Teschen gemacht, dann werden die Unterschriften einiger wirtschaftlich abhängiger oder leichtgläubiger Schibitzer unter die Beschwerde gezaubert und schließlich erhalten noch die Schibitzer Eltern von dem famosen Dziennik Cieszyński für ihr mannhaftes Auftreten eine Pauschalbelobigung! Höher geht's nicht mehr!! Nachdem nun alles auf schriftlichem Wege so glatt abgelaufen war und das Ministerium überzeugt zu sein schien, daß die Schibitzer Eltern ihr Recht mit dem Zorne heiliger Entrüstung verfechten, erkühnten sich die Arrangeure der ganzen Komödie, in Schibitz selbst eine öffentlich zugängliche Volksversammlung zum Protest gegen das Vorgehen des Gemeindeausschusses in Schibitz selbst einzuberufen. Sie wurden jedoch von den Gastwirten auf die Straße gesetzt, da niemand diese unwillkommenen Gäste bei sich aufnehmen wollte. Endlich gelang es ihnen, in der Gastwirtschaft Schlesinger Unterkunft zu kriegen. Wie kläglich aber diese Volksversammlung für die Einberuher ausgefallen ist, das berichten wir an anderer Stelle. Es war für sie ein wahres Volksgericht! Schade, daß niemand vom Unterrichtsministerium dabei war, er hätte sich von den eigentlichen Wünschen der Schibitzer Eltern an Ort und Stelle gewiß besser informiert, wie aus der Beschwerdeschrift der Polnischnationalen. Wir können nicht umhin, auf dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß es sehr bezeichnend ist, daß die polnischnationalen Abgeordneten Londzin und Michejda, die sich vor dem Unterrichtsminister gewiß als die Repräsentanten des Volkswillens geriert haben, zu der Volksversammlung, zu der sie eingeladen waren und an der sie nach den polnischen Zeitungen auch teilnehmen sollten, nicht nach Schibitz hinaus kamen. Sie wußten nämlich sehr gut, wie die Stimmung der Bevölkerung in Schibitz sei, was für einen Ausgang die Versammlung nehmen werde und daß sie dabei jedenfalls eine klägliche Rolle spielen würden. Da blieben sie lieber zu Hause und nahmen sich vor, demnächst beim Unterrichtsminister neuerlich vorzusprechen und den Willen der Schibitzer Bevölkerung auf ihre Art zu bekunden. Mit dieser Schlappheit zufrieden, wollen die polnischnationalen Verfasser der Beschwerdeschrift noch eine Volksversammlung in Schibitz veranstalten, welche einen „feierlichen“ Verlauf nehmen soll. Von der Fortsetzung ihres provokatorischen Benehmens möchten wir ihnen aber dringend abraten, da bei der Gereiztheit der sonst ruhigen Schibitzer Bevölkerung der Zorn derselben gegen die Friedensstörer Dimensionen annehmen dürfte, die keineswegs im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der Gemeinde liegen. Die Fackel der Zwietracht haben die Polnischnationalen und an ihrer Spitze der Müller Stonawski, in die Gemeinde geworfen. Sie mögen acht geben, daß dieses Feuer nicht für sie verheerend werde.

Wir sind übrigens überzeugt, daß die von den Polnischnationalen künstlich aufgepeitschten Wogen der Erregung sich bald glätten werden und die ganze Affäre im Sande verlaufen wird.

Es war aber nötig, die ganze Angelegenheit auch von uns eingehend zu beleuchten, damit die Deutschen Schlesiens wissen, mit was für Mitteln die Polen, die „ritterlichen“ Polen, kämpfen.

Aus Nr. 280 der Silesia (Teschen)
vom 7. Dezember 1911:

Die polnisch-nationale Protestversammlung in Schibitz.

Um der beim k. k. Unterrichtsministerium in Wien eingebrachten Beschwerde wegen Einführung der deutschen Unterrichtssprache in der Gemeindeschule in Schibitz mehr Nachdruck zu verleihen, beriefen die Beschwerdeführer für Samstag und, als ihnen das Lokal verweigert wurde, für Sonntag nachmittags in Schlesingers Gasthaus in Schibitz eine allgemein zugängliche Volksversammlung ein, damit auch dem Schibitzer Volke Gelegenheit gegeben werde, gegen den Gemeindevorstand zu protestieren. Obwohl jeder Kenner der Schibitzer Bevölkerung im vorhinein wusste, daß die Versammlung mit einem kläglichen Fiasko der Polnischnationalen enden werde, war man doch allgemein gespannt zu erfahren, wer eigentlich die Versammlung veranstaltet habe und wer mit der deutschen Unterrichtssprache nicht zufrieden sei; denn diese Personen müßten doch bei der Versammlung offen ihr Bekenntnis ablegen. Und siehe da, knapp vor drei Uhr kamen die beschwerdeführenden „Schibitzer Eltern“ angerückt. An der Spitze natürlich der Müller Stonawski, dann drei Grundbesitzer aus Schibitz (davon zwei kinderlos), 2 alte Jungfern, 3 alte kinderlose Weiber, 2 Ausgedingene und schließlich der Ziegeleibesitzer Gurniak mit 30 bis 40 Arbeitern aus seiner Ziegelei, von denen 30 Prozent ledige Leute sind. Als „Gäste“ waren erschienen: der polnisch-radikale Leiter der Macierz-Schule in Ernsdorf Kotas, der Lehrer Szusik aus Wazy, ein junger katholischer Geistlicher mit Augenglas aus Teschen, ein Sekretär der „Macierz“, wahrscheinlich der Verfasser der Beschwerde, zwei polnisch-nationale Lehrer und der forsche harthäutige Schreiber Branny aus der Kanzlei des Dr. Kordacz. Sie fanden den Saal bereits dicht gefüllt mit ungefähr 200 Schibitzer Grundbesitzern, Arbeitern und Eisenbahnern, denen sich einige neugierige Teschner Ausflügler zugesellt hatten. Da es eine öffentliche Volksversammlung war, so mußte natürlich der Vorsitzende durch die Versammlung gewählt werden. Da

aber der Müller Stonawski sah, daß die Wahl eines seiner Parteimänner ausgeschlossen war, so stieg er kurz entschlossen auf einen Stuhl, begrüßte die Versammlung im Namen der Einberufter und erklärte den Vorsitz zu übernehmen, „da dies der Wunsch des Komitees“ sei. Natürlich wurde diese Zumutung von der Versammlung auf das energischste zurückgewiesen, welche die Wahl des Vorsitzenden nach dem Versammlungsgesetze verlangte. Es wurde denn auch mit überwältigender Mehrheit Herr Emil Szczygiel, Gemeindefekretär in Schibitz, zum Vorsitzenden gewählt. Dieser übernahm den Vorsitz, dankte für das ihm erwiesene Vertrauen und erklärte die Versammelten über die eigentlichen Absichten der polnisch-nationalen Beschwerdeführer auf. Als diese sahen, daß in der Versammlung für sie nichts zu machen sei, verließen sie das Lokal und rotteten sich vor dem Gasthause zusammen und machten ihrem Ärger und ihrer Erregung über die erlittene Schlappe in der ihnen eigenen Weise Luft. Die von ihnen selbst herbeigerufene Gendarmerie sah sich angesichts des renitenten und herausfordernden Benehmens der vor Wut sinnlosen Horde genötigt, sie mit den Bajonetten auseinanderzutreiben. Erst dies wirkte ernüchternd auf sie, und sie verließen sich unter Ausstoßung von Drohungen. Unterdessen hatte die Volksversammlung im Gasthause den denkbar würdigsten Verlauf genommen. Alle Anwesenden horchten mit gespannter Aufmerksamkeit den trefflichen Ausführungen des in der Schulangelegenheit ausgezeichnet unterrichteten Vorsitzenden und belohnten seine Rede mit jubelndem Beifall. Hierauf gelangte auf der von den Polnischnationalen einberufenen Volksversammlung einstimmig nachstehende Resolution zur Annahme: „Die am Sonntag, den 3. Dezember 1911 in Schlesingers Gasthaus in Schibitz abgehaltene Volksversammlung protestiert energisch gegen die Umtriebe der polnisch-nationalen Ruhestörer in der Gemeinde und erklärte sich mit der Stellung der Majorität des Gemeindevorstandes in der Schulfrage vollkommen einverstanden.“ So ward denn bei dieser Volksversammlung wirklich protestiert, aber nicht gegen die deutsche Unterrichtssprache, sondern gegen die polnisch-nationalen Ruhestörer!

LIBRARY
SEP 19 1911